

Inhaltsverzeichnis

Prolog: Unsere Werte.....	5
Der Freiheit verpflichtet	5
Prolog: Unsere Ziele	6
Eine freiheitliche bürgerliche Ordnung im 21. Jahrhundert.....	6
Kapitel 1 Unser Ziel: Die beste Bildung der Welt	7
1.1 Baden-Württemberg braucht den Schulfrieden	7
1.2 Kindertagesstätten und Grundschulen.....	8
Qualität durch Wahlfreiheit.....	8
1.3 Differenzierung schafft Qualität	9
Bildungsplanung und Lehrerbildung.....	9
1.4 Beste Bildung	10
Das Gymnasium in Baden-Württemberg.....	10
1.5 Unsere Garanten des Bildungsaufstiegs erhalten	11
Die Realschulen eröffnen Lebens- und Berufsperspektiven	11
1.6 Differenzierung und Leistungsorientierung sichern Gerechtigkeit und Wohlstand	12
Haupt-/Werkrealschulen in ihrem berufspraktischen Profil stärken	12
1.7 Für Sonderschulen und für Inklusion.....	13
Zwei gute Wege zum Ziel.....	13
1.8 Berufliche Bildung.....	14
Mit Leidenschaft für ein Erfolgsmodell	14
1.9 Schulen in freier Trägerschaft	15

Privatschulen in sozialer Verantwortung ermöglichen.....	15
1.10 Exzellente Lehre.....	16
Hochschulstudium im 21. Jahrhundert.....	16
Kapitel 2 Unser Land: Ein Wirtschaftsstandort der Weltklasse.....	17
2.1 Die Politik als Partner der Wirtschaft	17
Die Wirtschaft stärken statt behindern, Entbürokratisierung weiter vorantreiben!	17
2.2 Der Mensch im Mittelpunkt	18
Kompetente Fachkräfte	18
2.3 Weltoffenheit und Chancen durch Leistung.....	19
Nicht die Herkunft ist entscheidend, sondern das Ziel.....	19
2.4 Lebenslanges Lernen	20
Weiterbildung als individuelles Ziel	20
2.5 Straßen - Pulsadern unseres Landes.....	21
Wohlstand kommt auf guten Straßen	21
2.6 Verkehr auf der Schiene, in der Luft und auf dem Wasser	22
Nur zusammen können die Verkehrsmittel die Nachfrage befriedigen.....	22
2.7 Digitales Baden-Württemberg.....	23
2.8 Schwarzwald – wie cool ist das denn?.....	24
Vom Downhillfahren bis zur Seelumrundung –Tourismus in Baden Württemberg	24
2.9 Schützen durch Nützen.....	25
Landwirtschaft und Forst	25

Wahlprogramm 2016

2.10 Befähigen statt Bevormunden – selbstbestimmte Verbraucher	26	4.7 Wir tragen Verantwortung weltweit	40
Kapitel 3 Mehr Lebensqualität durch Technik	27	Baden-Württemberg nimmt Flüchtlinge auf	40
3.1 Blaues Wachstum	27	4.8 Selbstbestimmte Gesellschaft	41
3.2 Intelligente Energiepolitik für Unternehmen und Haushalte	28	Kapitel 5 Eine Regierung, die den Menschen vertraut	42
3.3 Exzellente Forschung und Entwicklung	29	5.1 Den Menschen vertrauen	42
Innovation sichert Zukunft	29	Statt Dirigismus von oben	42
3.4 Ingenieure, Techniker & Co.	30	5.2 Eine Regierung, die rechnen kann	43
Technische Bildung in Baden-Württemberg	30	Für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik	43
3.5 Wissenschaft und Technik sichern Gesundheit	31	5.3 Neue Spielräume für Städte und Gemeinden	44
Innovative Medizin im Dienste der Menschen	31	Kommunale Selbstverwaltung stärken	44
3.6 Innovationsfinanzierung Mittelstand	32	5.4 Demokratie lebt vom Mitmachen	45
3.7 Mobilität neu denken	33	Mitwirkungsrechte der Bürger stärken	45
Innovationen durch moderne Verkehrstechnik	33	5.5 Die Polizei – Partner des Bürgers	46
Kapitel 4 Wir leben soziale Verantwortung	34	5.6 Worauf Sie sich verlassen können	47
4.1 Selbstbestimmt und verantwortlich - Familien	34	Justiz in Baden-Württemberg	47
4.2 Unverzichtbar: Die Kultur des Ehrenamts	35	5.7 Effizient und tatkräftig	48
4.3 Ein Modell bürgerschaftlichen Engagements	36	Die Landesverwaltung und ihre Mitarbeiter	48
Der Sport	36	Kapitel 6 Der Mensch lebt nicht vom Brot allein	49
4.4 Vorbeugen ist besser	37	6.1 Kunst!	49
Was das Land zur Kriminalprävention beitragen kann	37	Bildende Kunst in Baden-Württemberg	49
4.5 Gesundheit und Versorgung	38	6.2 Der Ton macht die Musik	50
(k)ein politischer Pflegefall	38	Musikland Baden-Württemberg	50
4.6 Krankenhäuser	39	6.3 Es gilt das gesprochene Wort	51

Wahlprogramm 2016

Sprache, Theater und Literatur.....	51
6.4 Woher wir kommen, wer wir sind.....	52
Landesgeschichte stärkt Identität	52
6.5 Der Schiller und der Hegel	53
Die Zukunft der Geistes- und Sozialwissenschaften	53
6.6 Selbstbewusst, respektvoll und tolerant.....	54
Religion und Kirche in der Gesellschaft	54
6.7 Zeitung, Radio, Fernsehen & Co.	55
Eine freiheitliche Gesellschaft braucht erstklassige Medien.....	55

1 **Prolog: Unsere Werte**

2 **Der Freiheit verpflichtet**

3 Wenn wir Freie Demokraten ein Wahlprogramm aufstellen, müssen wir
4 das Rad nicht jedes Mal neu erfinden. Wir verschreiben uns dabei
5 weder postmoderner Beliebigkeit noch greifen wir in die Mottenkiste
6 mit jenen Rezepten, nach denen sich autoritäre oder kollektivistische
7 Gesellschaften organisieren.

8
9 Wir Freie Demokraten wissen uns jenen Werten verpflichtet, die sich in
10 der Aufklärung herausgebildet haben und die in den freiheitlichen
11 Demokratien des Westens für jenen unglaublichen Zuwachs an
12 Lebensqualität und Wohlstand gesorgt haben, von dem wir alle täglich
13 profitieren.

14
15 Was uns von unserer politischen Konkurrenz unterscheidet, ist unser
16 Menschenbild, in dem Freiheit, Verantwortung und Vertrauen die
17 zentralen Werte sind. Nach unserer Vorstellung nimmt der Staat in
18 einer freiheitlichen Gesellschaft einige wichtige Kernaufgaben wahr, die
19 wir ihm auf der Grundlage der Verfassung übertragen haben. Wir
20 brauchen den Staat aber nicht als Aufseher oder Gouvernante, der den
21 Menschen Maximen für ihre private Lebensführung vorschreibt oder
22 um beliebig definierter "Gemeinschaftswerte" willen rücksichtslos in
23 die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger eingreift. Gerade in Baden-
24 Württemberg, dem Stammland der Liberalen, prägt diese Haltung das
25 Handeln der Menschen und das gesellschaftliche Leben.

26 Wir vertrauen der Freiheit, der Vernunft und dem gebildeten Gewissen
27 der Menschen, die für sich und andere Menschen Verantwortung
28 übernehmen, ohne dafür staatliche Anleitung zu brauchen.

29

30 Wir setzen auf die Autonomie der Familien und anderer
31 selbstgewählter menschlicher Gemeinschaften, in denen Menschen
32 zuverlässig und nachhaltig Verantwortung füreinander übernehmen
33 und Orte menschlicher Wärme schaffen.

34

35 Wir vertrauen einer Zivilgesellschaft, die in einem lebendigen
36 gesellschaftlichen Diskurs alle Menschen an den gesellschaftlichen
37 Entwicklungen teilhaben lässt und auf der Basis von gemeinsamen
38 Überzeugungen offensiv Verantwortung einfordert.

39

40 Wir vertrauen kleinen, mittleren und großen Unternehmen, die in einer
41 marktwirtschaftlichen Ordnung mit ihren Produkten und
42 Dienstleistungen Lebensqualität für alle schaffen und sich dabei ihrer
43 sozialen Verantwortung und der regulierenden Kraft des Wettbewerbs
44 stellen.

45

46 Wir setzen auf den technischen und medizinischen Fortschritt, der auf
47 der Grundlage von Forschungsfreiheit und gesellschaftlicher
48 Verantwortung der Wissenschaft so viel Lebensqualität für alle
49 Menschen geschaffen hat. Wir wollen den freiheitlichen Rechtsstaat,
50 der durch seine Beschränkung auf Kernaufgaben und die strikte
51 Bindung an Recht und Verfassung der Zivilgesellschaft zuverlässig dient.

52

1 Prolog: Unsere Ziele

2 Eine freiheitliche bürgerliche Ordnung im 21. 3 Jahrhundert

4 Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass Freiheit,
5 Verantwortung und Vertrauen auch im 21. Jahrhundert die
6 Leitprinzipien sind, nach denen die Zivilgesellschaft und der Staat
7 organisiert sein sollten. Sie tragen dem Freiheitsgefühl und dem
8 Anspruch, den die Menschen an sich selbst stellen, Rechnung und
9 sorgen – wie sich in den letzten Jahrzehnten in den Demokratien des
10 Westens gezeigt hat – für Lebensqualität und Stabilität. Kein autoritäres
11 System und keine kollektivistisch aufgestellte Gesellschaft kann auf die
12 wandelnden Herausforderungen einer modernen Industriegesellschaft
13 so schnell und so angemessen reagieren, wie eine freiheitliche
14 Gesellschaft und eine soziale Marktwirtschaft.

15
16 Wir wollen, dass Baden-Württemberg wie in den letzten Jahrzehnten
17 das Modell einer freiheitlichen Gesellschaft bleibt, in dem die
18 Menschen, die Unternehmen und der Staat gemeinsam Lebensqualität
19 für alle erarbeiten.

20
21 Eine freiheitliche Gesellschaft braucht Fundamente, die wir nicht
22 zerstören dürfen. Für uns Freie Demokraten sind Bildung, Wissenschaft
23 und Kultur der Ackerboden, auf dem Freiheit und Verantwortung
24 gedeihen. Sie prägen unsere Ziele, die wir in der Landespolitik verfolgen
25 wollen. Wir Freie Demokraten haben unser Land von 1952 bis 1966 und
26 von 1996 bis 2011 verantwortlich und erfolgreich mitgestaltet, wir
27 wollen ab 2016 gerne wieder Verantwortung für Baden-Württemberg
28 und seine Menschen übernehmen.

29

30 Wir haben uns viel vorgenommen. Denn wir Baden-Württemberger
31 brauchen die beste Bildung der Welt. Baden-Württemberg muss wieder
32 ein Wirtschaftsstandort der Spitzenklasse werden. Wir Baden-
33 Württemberger schaffen Lebensqualität durch Technik und leben
34 soziale Verantwortung. Baden-Württemberg braucht eine Regierung,
35 die den Menschen vertraut. Baden-Württemberg ist ein Land, in dem
36 Kultur und Geist eine Heimat haben.

37

38 Die folgenden Kapitel und Abschnitte formulieren Maximen und
39 Maßnahmen, mit denen wir diese Ziele erreichen wollen.

40

41 Wir Freie Demokraten vertrauen den Menschen in Baden-
42 Württemberg. Wir würden uns freuen, wenn die Menschen uns und
43 unserer Politik vertrauen.

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

1 **Kapitel 1 Unser Ziel: Die beste Bildung der Welt**

2 **1.1 Baden-Württemberg braucht den Schulfrieden**

3 Baden-Württemberg ist auf ein exzellentes Bildungswesen angewiesen:
4 Unser Wohlstand, aber auch die Lebenschancen eines jeden Einzelnen
5 hängen entscheidend von der Qualität unserer Bildung ab. Dieses
6 Bildungssystem ist in den vergangenen Jahren durch die
7 Landesregierung in einem atemberaubenden Tempo in erhebliche
8 Unruhe versetzt worden. Dabei setzen sich auch wir Freie Demokraten
9 für notwendige Reformen im Bildungswesen ein; wir lehnen aber ein
10 radikales Umkrempeln unseres bisher sehr erfolgreichen
11 Bildungssystems ab.

12

13 Um in Zukunft wieder erfolgreich arbeiten zu können, sind die Schulen
14 in unserem Land, d. h. die Schüler, Eltern, Lehrer, Schulleitungen und
15 Schulträger auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen, die über
16 die Dauer von Legislaturperioden hinaus gelten. Aus diesem Grund
17 streben wir Freie Demokraten einen Schulfrieden an mit dem Ziel, allen
18 am Schulwesen Beteiligten mehr Planungssicherheit zu garantieren.
19 Nach unseren Vorstellungen soll vor Ort in eigener Verantwortung über
20 das jeweilige Bildungsangebot entschieden werden, und das Land stellt
21 hierfür in ausreichendem Maße die Ressourcen zur Verfügung. Ein
22 baden-württembergischer Schulfriede wäre eine wichtige
23 Voraussetzung, damit unser Land wieder Trendsetter im deutschen
24 Bildungsbereich würde und die Politik sich wieder mit den wichtigeren
25 Bildungsinhalten beschäftigen könnte.

26

27 Wir werden:

28 • uns für einen Schulfrieden in Baden-Württemberg einsetzen, der
29 verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Wir wollen, dass das Land

30 bedarfsgerecht die Ressourcen bereitstellt und die Beteiligten vor
31 Ort (Schulen und Schulträger) über die konkrete Ausgestaltung des
32 Bildungsangebots selbst entscheiden können,

33 • dafür sorgen, dass flächendeckend Bildungsregionen eingerichtet
34 werden und im Rahmen der regionalen Schulentwicklung über die
35 Ausgestaltung des Angebots an weiterführenden Schulen
36 entschieden wird,

37 • jede Bildungsregion mit einem nach der Zahl der Schüler
38 bemessenen Budget an Lehrerwochenstunden ausstatten, über
39 dessen Verteilung auf die verschiedenen Schularten die
40 Bildungsregion entscheidet. Jede Schule soll bedarfsgerecht
41 ausgestattet werden,

42 • die finanzielle Privilegierung der Gemeinschaftsschule beenden und
43 stattdessen faire Wettbewerbsbedingungen für alle Schularten
44 schaffen. Obwohl wir nicht glauben, dass sich die zahlreichen
45 Hoffnungen erfüllen werden, die sich die Befürworter der
46 Gemeinschaftsschule versprechen, wollen wir ihr im Rahmen der
47 Bildungsregion Bestandsschutz geben,

48 • allen Schulen bzw. ihren Schulträgern und den Bildungsregionen die
49 Freiheit geben, die jeweilige Schulform in eigener Verantwortung
50 auszugestalten bzw. zu Verbundschulen zusammenzufassen. Sie
51 können insbesondere bestehende Haupt-/Werkrealschulen und
52 Realschulen fortführen oder Verbundschulen aus Haupt-
53 /Werkrealschulen und Realschulen bilden, d. h. Haupt-
54 /Werkrealschulbildungsgang und Realschulbildungsgang unter
55 einem Dach führen,

56 • den Schulen ein eigenes Budget zuweisen. Sie dürfen über
57 Personalangelegenheiten sowie ihr inhaltlich-pädagogisches Profil
58 eigenständig entscheiden.

1 1.2 Kindertagesstätten und Grundschulen

2 Qualität durch Wahlfreiheit

3 Wir Freie Demokraten sehen die Hauptverantwortung für die Erziehung
4 bei den Eltern, denn Bildung beginnt nicht mit dem ersten Schultag,
5 sondern mit dem ersten Lebenstag. Von Anbeginn erkunden Kinder die
6 Welt, eignen sie sich an und wachsen in sie hinein. Kinder sind
7 besonders wissbegierig und lernfähig. Gleichzeitig prägen sie ihre
8 Erfahrungen der ersten Jahre in entscheidender Weise. Die
9 frühkindliche Bildung und Förderung spielt deshalb eine Schlüsselrolle
10 für die gesamte Bildungsbiographie eines Menschen.

11
12 Aus diesem Grund tritt die FDP dafür ein, Einrichtungen der
13 Kindertagesbetreuung vor allem auch als Bildungseinrichtungen zu
14 begreifen. Unser wichtigstes Ziel ist es, eine hohe Qualität der
15 frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote sicherzustellen.
16 Gleichzeitig betrachten wir Freien Demokraten es als unseren Auftrag,
17 für eine möglichst große Wahlfreiheit der Eltern zu sorgen. Eine
18 Betreuung durch Tageseltern ist als gleichwertig mit einer Betreuung in
19 einer Kindertagesstätte anzuerkennen und auch entsprechend zu
20 bezuschussen. Im Grundschulbereich sollen die Eltern die Wahl
21 besitzen, ob sie ihr Kind für eine verpflichtend-rhythmisierte
22 Ganztagsbetreuung, für offene Angebote am Nachmittag oder nur zu
23 einem wesentlich am Vormittag stattfindenden Unterricht anmelden.
24 Qualität und Wahlfreiheit sind für uns Freie Demokraten zwei Seiten
25 derselben Medaille. Wahlfreiheit zieht einen Wettbewerb im besten
26 Sinne nach sich und sichert somit die Qualität der Bildungs- und
27 Betreuungsangebote.

28

29

30 Wir werden:

- 31 • mit kommunalen und freien Trägern ein Gutscheinformell
32 entwickeln. Die Eltern können die Gutscheine flexibel für ihre
33 Kinder einsetzen und damit die Finanzierung von frühkindlicher
34 Betreuung auf eine tragfähige Grundlage stellen,
- 35 • die Tageseltern an Investitionszuschüssen beteiligen, die bislang nur
36 den Kindertagesstätten zugutekommen,
- 37 • dafür Sorge tragen, dass der Orientierungsplan für eine gute
38 frühkindliche Bildung in den Kindergärten flächendeckend
39 umgesetzt wird, die dafür notwendige Personalausstattung
40 sichergestellt ist und der Plan für verbindlich erklärt wird,
- 41 • die im Rahmen der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung
42 bereits praktizierte Sprachstandserhebung mit den mittlerweile
43 gewonnenen Erfahrungen weiterentwickeln. Ziel ist es, sie mit einer
44 individuellen Bildungs- und Entwicklungsberatung zu verbinden, um
45 nicht nur Defizite auszugleichen, sondern auch Begabungen und
46 Neigungen zu fördern,
- 47 • zusätzlich zur verpflichtend rhythmisierten Ganztagessschule auch
48 die offene Ganztagessschule als Schulform ins Schulgesetz
49 aufnehmen. Durch offene Nachmittagsangebote entsteht für die
50 Eltern ein echtes Wahlrecht zwischen einem Schulbesuch nur am
51 Vormittag oder unter Einbeziehung des Nachmittags,
- 52 • die im Wesentlichen nur noch für Grundschulen geltenden
53 Schulbezirke abschaffen und den Eltern die freie Wahl der
54 Grundschule überlassen.

55

1 1.3 Differenzierung schafft Qualität

2 Bildungsplanung und Lehrerbildung

3 Der Bildungsplan ist der zentrale Referenzrahmen für die Inhalte, die in
4 einer Schule unterrichtet werden. Er legt wesentliche Grundlagen für
5 die Bildung und Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder. Wir Freie
6 Demokraten wollen, dass jedem jungen Menschen in Baden-
7 Württemberg die bestmögliche Bildung und Förderung zuteilwird. Denn
8 wir sind überzeugt davon, dass eine fundierte Bildung und Ausbildung
9 die entscheidende Basis für eine eigenverantwortliche
10 Lebensgestaltung in einer freien Gesellschaft darstellt. Deshalb sollte
11 ein Bildungsplan aus Sicht der FDP vor allem das Ziel verfolgen, jeden
12 jungen Menschen zu Mündigkeit, kritischem Denken und
13 eigenverantwortlichem Handeln zu befähigen. Eine ideologische
14 Vereinnahmung des Bildungsplans lehnen wir entschieden ab.

15
16 Die für den Bildungsplan genannten Ziele gelten für uns in gleicher
17 Weise für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Denn mit der
18 Persönlichkeit, dem Fachwissen und dem pädagogischen Geschick
19 einer Lehrerin oder eines Lehrers steht und fällt die Qualität des
20 Unterrichts. Wir treten deshalb für die Sicherung hoher Qualitäts-
21 standards durch eine fundierte fachwissenschaftliche, pädagogisch-
22 didaktische und berufspraktische Lehrerausbildung ein.

23
24 Wir werden:

25 • uns dafür einsetzen, dass der zurzeit erarbeitete Bildungsplan der
26 einzelnen Schule ebenso viel Gestaltungsfreiheit lässt wie die
27 aktuell gültigen Bildungspläne. Die FDP hält einen eigenen

28 Bildungsplan für jede Schulart beziehungsweise für jeden
29 Bildungsgang für notwendig,
30 • auf die für den Bildungsplan geplanten „Leitperspektiven“
31 verzichten, da sie systematisch nicht nachzuvollziehen sowie der
32 Transparenz und der Benutzerfreundlichkeit von Bildungsplänen
33 abträglich sind,
34 • Fächerverbünde konsequent überprüfen und, wenn kein Mehrwert
35 erkennbar ist, auflösen. Eine geplante Zusammenlegung des Fachs
36 Biologie mit anderen Naturwissenschaften am Gymnasium lehnen
37 wir daher ab; notwendig ist ein eigenständiges Curriculum für
38 Informatik und Informationstechnologie,
39 • Ethik in allen Schulen bereits ab Klasse eins anbieten und
40 islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache als
41 Regelangebot an allen Schularten zügig weiter ausbauen,
42 • die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen
43 verstärken und beim neuen Fach „Wirtschaft und
44 Berufsorientierung“ eine praxisnahe Ausgestaltung erreichen
45 • die Verantwortung für ein Lehramtsstudium bei den Hochschulen
46 und die Referendarsausbildung inkl. der Entscheidung über die
47 berufliche Eignung den Praktikern in Seminaren und
48 Ausbildungsschulen überlassen. Wenn von den Verantwortlichen
49 gewünscht, scheuen wir auch nicht eine Wiedereinführung eines
50 zweijährigen Referendariats.

51

1 1.4 Beste Bildung

2 Das Gymnasium in Baden-Württemberg

3 Das Gymnasium führt junge Menschen erfolgreich zur Hochschulreife
4 und zeichnet sich durch Leistungsorientierung und ein hohes fachliches
5 Niveau aus. Es verbindet die Vorbereitung für ein Studium und eine
6 qualifizierte berufliche Tätigkeit mit einem humanistischen und
7 naturwissenschaftlichen Bildungsanspruch.

8

9 Um unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern, brauchen wir ein
10 starkes Gymnasium. Maßnahmen wie eine Absenkung des
11 Abiturniveaus, fachliche Nivellierungen beispielsweise durch einen
12 Einheitsbildungsplan oder ein Abschulungsverbot schwächen dagegen
13 das Gymnasium.

14

15 Die FDP ist entschlossen, das Gymnasium gegen offene wie versteckte
16 Schwächungsversuche zu verteidigen und für seinen Bestand zu
17 kämpfen. Wir Freien Demokraten stehen zum achtjährigen Gymnasium,
18 das bei effizienter Organisation einen zügigen Erwerb des Abiturs
19 ermöglicht. Nachdem die grün-rote Landesregierung aber an 44
20 Standorten eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium zugelassen
21 hat, wollen wir aus Gerechtigkeitsgründen allen Gymnasien die
22 Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 bei gleicher Ausstattung mit
23 Personal- und Sachmitteln ermöglichen.

24

25

26

27

28

29

30 Wir werden:

- 31 • Das Gymnasium in seinem Bestand erhalten und stärken.
32 Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Schularten wie
33 beispielsweise einen Einheitsbildungsplan, ein sogenanntes
34 „Abschulungsverbot“ oder eine Niveauabsenkung der gymnasialen
35 Oberstufe beziehungsweise des Abiturs lehnen wir entschieden ab
36 beziehungsweise wollen sie rückgängig machen,
- 37 • In der gymnasialen Kursstufe wieder mehr Möglichkeiten
38 individueller Schwerpunktsetzung zulassen. Wir fordern deshalb
39 eine Wiedereinführung von Grund- und Leistungskursen,
- 40 • Den mit zusätzlichen Personalmitteln ausgestatteten und
41 erhebliche Gerechtigkeitsprobleme aufwerfenden „Schulversuch
42 G9“ auslaufen lassen. Stattdessen wollen wir allen Gymnasien die
43 Freiheit lassen, die zugewiesenen Lehrerwochenstunden auf acht
44 oder neun Jahre zu verteilen, und sie hinsichtlich der Ausstattung
45 mit Personalmitteln gleichstellen,
- 46 • Für Schülerinnen und Schüler, die an Realschulen, Werkrealschulen
47 und Gemeinschaftsschulen den Mittleren Bildungsabschluss
48 erworben haben und aufgrund des Notendurchschnitts über die
49 Voraussetzungen verfügen, ausreichend Plätze an den beruflichen
50 Gymnasien zur Verfügung stellen. Die beruflichen Gymnasien bieten
51 mit ihrer dreijährigen Oberstufe einen auf die sechsjährigen
52 Bildungsgänge abgestimmten Anschluss an und bilden somit die
53 reguläre neunjährige Alternative zum achtjährigen Gymnasium,
- 54 • Den Gymnasien das Recht geben, sich über die
55 Grundschulempfehlung ihrer Schüler zu informieren.

56

1 1.5 Unsere Garanten des Bildungsaufstiegs erhalten

2 Die Realschulen eröffnen Lebens- und Berufsperspektiven

3 Die zielstrebige und leistungsfördernde Pädagogik sowie das
4 anspruchsvolle Niveau ihres Unterrichts begründen den
5 beeindruckenden Erfolg der Realschule. Die Wirtschaftsbetriebe in
6 Baden-Württemberg schließen gerne einen Ausbildungs- oder
7 Arbeitsvertrag mit Realschulabsolventen ab, denn der
8 Realschulabschluss bürgt für Qualität. Auf diese Weise eröffnet die
9 Realschule zahlreichen jungen Menschen echte Lebens- und
10 Berufsperspektiven. Die Realschule ist zugleich die Schule des
11 Bildungsaufstiegs. Ihr ist es zu verdanken, dass der Grundsatz „Kein
12 Abschluss ohne Anschluss!“ gelebte Wirklichkeit im baden-
13 württembergischen Schulwesen ist. Die Realschule hat einen
14 entscheidenden Anteil daran, dass rund die Hälfte der
15 Hochschulzugangsberechtigungen in Baden-Württemberg über die
16 beruflichen Schulen erworben werden.

17
18 Durch die überstürzte Abschaffung der Verbindlichkeit der
19 Grundschulempfehlung wurden die Realschulen vor enorme
20 Herausforderungen gestellt. Schon allein deshalb benötigen die
21 Realschulen eine bessere Ausstattung. In einem zweisäuligen
22 Schulsystem, das nur noch Gemeinschaftsschule und Gymnasium
23 kennt, wäre die Zukunft der Realschule bedroht. Wir Freien
24 Demokraten lehnen nicht nur die Zwei-Säulen-Strukturvorgabe
25 entschieden ab, sondern kämpfen auch dafür, dass die Realschule
26 bestehen bleiben und ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann, ohne zur
27 Übernahme der Pädagogik der Gemeinschaftsschule gezwungen zu
28 sein.

29

30 Wir werden:

- 31 • den Realschulen die Möglichkeit geben, zusätzlich zum
32 Realschulabschluss auch den Hauptschulabschluss anzubieten;
- 33 • zu diesem Zweck die Realschulen mit Personal- und Sachmitteln so
34 ausstatten, dass sie sowohl auf den Realschulabschluss als auch auf
35 den Hauptschulabschluss fundiert vorbereiten können;
- 36 • den Realschulen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, ob sie
37 mit innerer oder äußerer Differenzierung auf den
38 Hauptschulabschluss beziehungsweise die mittlere Reife
39 vorbereiten. Wenn die Realschulen Kurse auf unterschiedlichen
40 Niveaus bilden wollen, soll dies selbstverständlich möglich sein.
41 Einen Zwang zur Übernahme der Gemeinschaftsschulpädagogik wie
42 beispielsweise eine Abschaffung von Noten und Sitzenbleiben oder
43 ein Verbot von Kursen auf unterschiedlichen Niveaus darf es nicht
44 geben,
- 45 • den Realschulen das Recht geben, sich über die
46 Grundschulempfehlung ihrer Schüler zu informieren,
- 47 • die aufgrund der abgeschafften verbindlichen
48 Grundschulempfehlung veränderte Situation an den
49 weiterführenden Schulen beobachten und evaluieren. Wenn trotz
50 vielfältiger Anstrengungen die Sitzenbleiberquote nicht sinkt, würde
51 die FDP die Wiedereinführung einer verbindlichen
52 Grundschulempfehlung mit Öffnungsklausel nicht scheuen.

53

1 **1.6 Differenzierung und Leistungsorientierung sichern**
2 **Gerechtigkeit und Wohlstand**

3 **Haupt-/Werkrealschulen in ihrem berufspraktischen Profil**
4 **stärken**

5 Menschen verfügen über unterschiedliche Interessen, Begabungen und
6 Motivationen. Dementsprechend setzen sich Freie Demokraten auch
7 für den Erhalt eines leistungsorientierten, differenzierten Schulwesens
8 ein. Eine Einheitsschule lehnen wir entschieden ab. Wer das
9 Leistungsprinzip aus der Schule verbannt, bereitet unser Kinder
10 mangelhaft auf das spätere Leben vor und leistet der
11 Bildungsgerechtigkeit einen Bärendienst. Gerade die Haupt-
12 beziehungsweise Werkrealschulen haben im Sinne der Differenzierung
13 über Jahrzehnte hinweg zahlreichen Schülerinnen und Schülern eine
14 fundierte Schulbildung zukommen lassen, sie erfolgreich zu einem
15 Abschluss geführt und ihnen insbesondere mit einer berufspraktischen
16 Ausrichtung des Unterrichts echte Lebensperspektiven eröffnet. Die
17 Haupt-/Werkrealschulen haben zupackend und mit beeindruckendem
18 Erfolg die Herausforderung einer zunehmend heterogen
19 zusammengesetzten Schülerschaft angenommen und gemeistert. Die
20 überstürzte und unvorbereitete Abschaffung der verbindlichen
21 Grundschulempfehlung hat nicht nur die Not der Kommunen
22 hinsichtlich der Existenz ihres Haupt-/Werkrealschulstandorts erheblich
23 verschärft, sondern dürfte auch für den starken Anstieg der
24 Sitzenbleiberquoten an Gymnasien und Realschulen verantwortlich
25 sein. In der Folge wird ein großer Aufwand nötig, um die Defizite
26 nachträglich zu beheben, wie auch die OECD kritisch anmerkt. Wir
27 Freien Demokraten wollen diese falsche Weichenstellung korrigieren
28 und mit der Förderung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt ansetzen,
29 um Defiziten wirksam vorzubeugen.

30 Wir werden:

- 31 • mit dem Ziel einer Senkung der Sitzenbleiberquote den
32 Grundschulen mehr Personalmittel für die Elternberatung und den
33 weiterführenden Schulen mehr Mittel für Stützkurse zuweisen;
34 Letztere sollten das Recht erhalten, über die Grundschul-
35 empfehlung informiert zu werden. Wenn diese Maßnahmen nicht
36 greifen, werden wir als letztes Mittel wieder eine verbindliche
37 Grundschulempfehlung einzuführen. Im Gegensatz zum früheren
38 Verfahren sollte eine zukünftige Verbindlichkeit aber in erster Linie
39 das Recht eines Schülers sichern, eine Schule der empfohlenen
40 Schulart(en) zu besuchen. Zusätzlich sollte der betreffende Schüler
41 das Recht erhalten, sich auch an einer Schule zu bewerben, für die
42 er keine Empfehlung bekommen hat. Wenn diese Schule glaubt, ihn
43 erfolgreich zum angestrebten Abschluss führen zu können, kann sie
44 den Schüler entgegen seiner Grundschulempfehlung aufnehmen.
- 45 • die Werkrealschulen in der Klasse 10 mit den beruflichen Schulen
46 kooperieren lassen und auf diese Weise das berufspraktische Profil
47 der Werkrealschulen und des Werkrealschulabschlusses stärken.
- 48 • die Bildung von Verbundschulen, insbesondere von Haupt-
49 /Werkreal- und Realschulen erleichtern und Hemmnisse abbauen.
50 Wenn Schulen zu Verbundschulen zusammengelegt werden, sollte
51 anders als bisher nicht jede Schule gesondert die
52 Mindestschülerzahl in der Eingangsklasse erreichen müssen,
53 sondern können die Schülerzahlen in den Eingangsklassen beider
54 Schulen für das Erreichen der Mindestschülerzahl addieren,
- 55 • die Privilegierung der Gemeinschaftsschulen beenden und ihnen
56 gleichzeitig die Möglichkeit eröffnen, nach dem Vorbild der
57 Gesamtschulen Lerngruppen auf unterschiedlichen
58 Leistungsniveaus zu bilden oder ein Modell mit Haupt-
59 /Werkrealschul- und Realschulzug zu wählen.

1 1.7 Für Sonderschulen und für Inklusion

2 Zwei gute Wege zum Ziel

3 Das Inklusionsgebot der UN-Behindertenrechtskonvention birgt für uns
4 eine echte Chance: Die Chance, mehr Möglichkeiten für Eltern von
5 jungen Menschen mit Behinderungen hinsichtlich der Schulwahl zu
6 schaffen. Im Mittelpunkt der Bemühungen muss das Wohl jedes
7 einzelnen Kindes stehen. Denn für die FDP hat jeder junge Mensch das
8 Recht auf bestmögliche Bildung und Förderung.

9

10 Mit Blick auf das baden-württembergische Schulwesen stehen wir
11 daher vor einer doppelten Aufgabenstellung: Einerseits gilt es,
12 Inklusionsangebote an allgemeinen Schulen einzurichten. Andererseits
13 wollen wir die Sonder- und Förderschulen nicht ins Hintertreffen
14 geraten lassen, denn sie haben sich mit ihren Spezialisierungen eine
15 unverzichtbare Expertise bei der Förderung von jungen Menschen mit
16 Behinderungen erarbeitet. Nur wenn sowohl Inklusionsangebote
17 geschaffen werden, als auch die Sonderschulen erhalten bleiben,
18 entstehen zusätzliche Bildungsangebote und somit mehr
19 Wahlmöglichkeiten für junge Menschen mit Behinderungen. Darüber
20 hinaus legen wir Freien Demokraten größten Wert darauf, dass die
21 Qualität der Bildung und Förderung von Schülerinnen und Schüler mit
22 Behinderungen auf einem hohen Niveau bleibt. Um dieses hohe Niveau
23 sicherzustellen, bedarf es aus Sicht der FDP nicht nur einer
24 sonderpädagogischen Fundierung, sondern auch einer
25 funktionierenden Koordinierung der Bildungs- und Förderangebote vor
26 Ort.

27

28

29

30 Wir werden:

- 31 • für jedes Kind mit Behinderung oder chronischer Erkrankung eine
32 Bildungswegekonferenz vorsehen, welche die Eltern bei der
33 Entscheidung für eine Sonderschule oder für ein inklusives Angebot
34 sachkundig berät. Letztlich soll das Kindeswohl ausschlaggebend
35 dafür sein, unter welchen von der Schulverwaltung
36 vorgeschlagenen Alternativen für eine Beschulung des betreffenden
37 Kindes dessen Eltern wählen können,
- 38 • dafür sorgen, dass für Schülerinnen und Schüler mit Handicaps im
39 Rahmen der regionalen Schulentwicklung ein stimmiges
40 Gesamtkonzept mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten
41 geschaffen wird,
- 42 • die Sonder- und Förderschulen als Angebotsschulen in bisheriger
43 Qualität erhalten sowie diese als sonderpädagogische Bildungs- und
44 Beratungszentren stärken, indem sie inklusive Bildungsangebote
45 organisieren, koordinieren und begleiten,
- 46 • die jedem Schüler und jeder Schülerin mit besonderem
47 Förderbedarf zustehenden Unterstützungsleistungen von Seiten des
48 Landes und der Kommunen als Träger der Eingliederungshilfe in
49 einem Budget zusammenfassen, um die Finanzierung der
50 sonderpädagogischen und inklusiven Angebote entsprechend der
51 Nachfrage sicherzustellen. Das Prinzip ‚Ressource folgt Schüler‘ ist
52 unseres Erachtens am besten geeignet, um Qualität und gleichzeitig
53 mehr Wahlmöglichkeiten zu schaffen,
- 54 • inklusive Bildung verstärkt in die allgemeine Lehrerbildung aller
55 Schularten aufnehmen. Der eigenständige Studiengang Lehramt
56 Sonderpädagogik bleibt erhalten.

57

1 1.8 Berufliche Bildung

2 Mit Leidenschaft für ein Erfolgsmodell

3 Unser Berufsbildungssystem zeichnet sich durch eine große Vielfalt an
4 Schularten und fachlichen Profilen, eine berufspraktische Ausrichtung
5 sowie eine leistungsorientierte, differenzierte und am
6 gesellschaftlichen Wandel orientierte Pädagogik aus. Auf diese Weise
7 werden zahlreiche junge Menschen mit sehr unterschiedlichen
8 Voraussetzungen erfolgreich zu einem Abschluss geführt und ihre
9 Ausbildungs-, Hochschul- oder Beschäftigungsfähigkeit gesichert.
10 Herzstück des Berufsbildungssystems ist die gemeinsam von Betrieben
11 und Berufsschulen verantwortete duale Ausbildung, die ein weltweit
12 beachtetes Erfolgsmodell ist.

13
14 Die beruflichen Schulen sind erfolgreiche Ausbildungseinrichtungen für
15 qualifizierte Fachkräfte und sorgen auch dafür, dass der Grundsatz
16 „Kein Abschluss ohne Anschluss“ hier gelebte Wirklichkeit ist. So wird in
17 Baden-Württemberg rund die Hälfte der Hochschul-
18 zugangsberechtigungen über die beruflichen Schulen erlangt. Wir
19 wollen unser Berufsbildungssystem stärken und werden es gegen
20 Austrocknungsbestrebungen in Form von Einheitsschulmodellen mit
21 Leidenschaft verteidigen. Angesichts sinkender Schülerzahlen ist die
22 Sicherung verlässlicher Strukturen und Bildungsangeboten in hoher
23 Qualität in der Fläche unseres Landes wichtig. Dies gilt besonders für
24 den beruflichen Bereich. Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft
25 sind auf qualifizierten Nachwuchs nicht nur aus dem akademischen,
26 sondern auch auf dem berufsbildenden Bereich angewiesen.

27
28
29

30 Wir werden:

- 31 • das ausdifferenzierte Angebot an beruflichen Schulen erhalten.
32 Auch bei den beruflichen Schulen sollen vor Ort die Schulträger
33 zusammen mit den Unternehmen über die konkrete Ausgestaltung
34 entscheiden,
- 35 • uns dafür einsetzen, dass sich die Ausstattung der dualen
36 Fachklassen an den Durchschnittsgrößen von 2014 orientiert.
37 Dadurch entsteht Spielraum für innovative Angebote wie z.B. die
38 integrierte Gesellen- und Meisterausbildung oder
39 Zusatzqualifikationen wie „MetallPlus“. So ist auch bei sinkenden
40 Schülerzahlen ein wohnortnahes Angebot an Berufsschulplätzen
41 möglich,
- 42 • uns dafür einsetzen, dass die Unterbringung der Auszubildenden in
43 Bezirks-, Landes- und Bundesfachklassen vom Land bedarfsgerecht
44 unterstützt wird. An die Stelle der unzureichenden Zuschüsse des
45 Landes soll eine Drittelfinanzierung durch Land, Ausbildungsbetrieb
46 und Auszubildenden treten,
- 47 • durch Praktika in Betrieben und einen an der beruflichen Praxis
48 orientierten Wirtschaftsunterricht auch an den allgemeinbildenden
49 Schulen für eine fundierte Berufsorientierung zu sorgen, ergänzt
50 durch Informationen aus den beruflichen Schulen über die Chancen
51 dualer Ausbildungen sowie beruflich orientierter Abschlüsse,
- 52 • die Berufsfachschulen über die Aufnahme der Schüler in eigener
53 pädagogischer Verantwortung entscheiden lassen.

54

1 1.9 Schulen in freier Trägerschaft

2 Privatschulen in sozialer Verantwortung ermöglichen

3 Für die FDP sind Schulen in freier Trägerschaft unverzichtbare
4 Bestandteile unseres vielfältigen Bildungswesens. Wir Freien
5 Demokraten sehen in den freien Schulen Pioniere der
6 Schulentwicklung, die mit ihrer Innovationsfreude und mit ihrer
7 Orientierung an den Bedürfnissen von Schülern und ihren Eltern das
8 Schulangebot in entscheidender Weise verbreitern. Somit wirken sie als
9 „Stachel im Fleisch“ der Qualitätsentwicklung des Bildungswesens
10 insgesamt.

11
12 Wir werden deshalb alles tun, um den freien Schulen eine faire Chance
13 im erwünschten Wettbewerb mit den staatlichen Schulen zu sichern.
14 Wir Freien Demokraten wollen Privatschulen, die sich auch ihrer
15 sozialen Verantwortung bewusst sind. Dies bedeutet für uns, dass der
16 Staat diese Schulen bei der finanziellen Förderung hierzu auch in die
17 entsprechende Lage versetzen muss. In diesen Zusammenhang gehört
18 für uns, dass Verhandlungen zwischen Land und den Schulen in freier
19 Trägerschaft auf echter partnerschaftlicher Augenhöhe stattfinden.
20 Außerdem legen wir Wert darauf, dass zwischen staatlichen und freien
21 Schulen stets ein offener Austausch möglich ist – vor allem hinsichtlich
22 des Lehrpersonals, der Schulorganisation, der Unterrichtsinhalte und
23 der Pädagogik. Die FDP weiß um die hohe Kompetenz vieler Schulen in
24 freier Trägerschaft beim Thema Inklusion. Diese Kompetenz schätzen
25 wir sehr und wollen sie entsprechend finanziell fördern. Gleiches gilt für
26 die Ganztagsbetreuung, die an zahlreichen freien Schulen bereits seit
27 vielen Jahren fester Bestandteil des Schulangebots ist.

28

29

30 Wir werden:

- 31 • die staatlichen Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft so
32 weit erhöhen, dass sie tatsächlich 80 Prozent der Kosten eines
33 Schülers im staatlichen Schulwesen erreichen,
- 34 • das Modell zur Berechnung dieser Kosten im Interesse eines fairen
35 Wettbewerbs um die Kosten der Ganztagesbetreuung, der
36 Inklusion, der Schulsozialarbeit und weiterer tatsächlich anfallender
37 Kosten ergänzen. Die maßgebliche Kostenberechnung soll jeweils
38 rechtzeitig vor der Beschlussfassung über den Landeshaushalt
39 vorgelegt werden,
- 40 • für Lehrerinnen und Lehrer an Schulen in freier Trägerschaft, die ein
41 fachwissenschaftliches Studium, aber keine Lehramtsausbildung
42 absolviert haben, Möglichkeiten der berufsbegleitenden
43 Nachqualifizierung eröffnen. Auch die Fortbildungsangebote von
44 staatlicher Seite müssen den freien Schulen gleichermaßen offen
45 stehen. Lehrkräften, die sich für eine Tätigkeit in freier Trägerschaft
46 entschließen, dürfen keine aus ihrer Entscheidung resultierenden
47 Nachteile erwachsen. Bürokratische Hürden, die einen Wechsel
48 zwischen dem staatlichen und dem freien Schulwesen erschweren
49 oder gar verhindern, wollen wir beseitigen,
- 50 • die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft erleichtern, indem
51 die Wartezeit von drei Jahren bis zur Anerkennung beibehalten
52 wird, die Schulen jedoch von der Aufnahme ihrer Tätigkeit an eine
53 staatliche Förderung erhalten.

54

1 **1.10 Exzellente Lehre**

2 **Hochschulstudium im 21. Jahrhundert**

3 Der Anspruch, den die Gesellschaft und die Wirtschaft an die baden-
4 württembergischen Hochschulen stellen dürfen, ist gleichberechtigt mit
5 der Qualität der Forschung der Anspruch auf exzellente Lehre. Nur mit
6 einem exzellenten Angebot können wir unseren Abiturienten beste
7 Bildungschancen bieten und die besten Studierenden für den Standort
8 Baden-Württemberg gewinnen.

9
10 Schon heute gehören baden-württembergische Hochschulen in allen
11 fünf Sparten (Universitäten, Hochschulen für angewandte
12 Wissenschaften, Duale Hochschule, Pädagogische Hochschulen und
13 Kunst- und Musikhochschulen) national und häufig auch international
14 zu den besten ihrer Art.

15
16 Als Erfolgsfaktoren im Bereich der Lehre haben sich dabei
17 Hochschulautonomie und Vielfalt des Studienangebots sowie die
18 Fähigkeit erwiesen, das Lehrangebot in einer sich täglich wandelnden
19 Landschaft nachfragegerecht weiterzuentwickeln. Durch die Einführung
20 der Bachelor- und Masterabschlüsse haben sich die Mobilität und die
21 Flexibilität der Studierenden spürbar erhöht. Die Hochschulen müssen
22 dabei der Gefahr einer Verschulung widerstehen und für die
23 Durchlässigkeit zwischen Hochschularten und Studiengängen sorgen.
24 Wir wollen das Prinzip der Autonomie auch den Studierenden
25 zuteilwerden lassen – das gilt nicht nur für die Gestaltung ihres
26 Studiums, sondern auch für das hochschulpolitische Engagement in der
27 verfassten Studierendenschaft.

28
29

30 Wir werden:

- 31 • die Autonomie der Hochschulen bei der Ausgestaltung eines
32 vielfältigen Studienangebots erhalten und erweitern,
- 33 • dafür sorgen, dass die Universitäten und Hochschulen eine
34 nachfragegerechte Zahl von Masterstudienplätzen anbieten
35 können,
- 36 • mit dem Freistaat Bayern Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen,
37 dass baden-württembergische Studierende die Angebote der
38 Virtuellen Hochschule Bayern in Anspruch nehmen können,
- 39 • das Recht der Promotion auch mit Blick auf die Hochschulen für
40 angewandte Wissenschaften modernisieren,
- 41 • den Verwaltungskostenbeitrag, den die Studierenden bezahlen
42 müssen, von jeder Hochschule individuell nach ihrem
43 Verwaltungsaufwand bemessen lassen und unmittelbar der
44 einzelnen Hochschule zugutekommen lassen,
- 45 • jedem Studierenden das Recht einräumen, den Austritt aus der
46 verfassten Studierendenschaft zu erklären,
- 47 • für die Zeit ab 2021 streben wir einen neuen Hochschulpakt an, der
48 die Finanzierung der Hochschulen wiederum für fünf Jahre
49 verlässlich sichert. Wir wollen das Prinzip „Geld folgt Student“
50 etablieren. Wir wollen die Hochschulabsolventen in angemessener
51 Höhe an der Hochschulfinanzierung beteiligen,
- 52 • uns auf Bundesebene dafür einsetzen, bei Stipendien den
53 elternunabhängigen Teil zu erhöhen und das Bafög komplett
54 elternunabhängig zu bewilligen,
- 55 • die erfolgreiche Politik des Landes fortsetzen, im Zusammenwirken
56 mit den Studentenwerken für eine gute Versorgung mit
57 studentischem Wohnraum zu sorgen.

58

1 **Kapitel 2 Unser Land: Ein Wirtschaftsstandort der**
2 **Weltklasse**

3 **2.1 Die Politik als Partner der Wirtschaft**

4 **Die Wirtschaft stärken statt behindern, Entbürokratisierung**
5 **weiter vorantreiben!**

6 Baden-Württemberg gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen in
7 Europa. Unsere Wirtschaftskraft entsteht, weil Menschen erfolgreich
8 Waren und Dienstleistungen entwickeln und herstellen. Dies ist das
9 Ergebnis unzähliger Einzelentscheidungen, die täglich getroffen
10 werden. Leistungsbereitschaft, Kreativität, Innovationskraft und der
11 Fortschrittswille von Arbeitnehmern und Unternehmern sind die
12 Grundlage für jenen wirtschaftlichen Erfolg, der zu diesem Wachstum
13 führt. Dabei ist unser Land vom Mittelstand geprägt. Unternehmer und
14 Familienunternehmen, die Privates nicht von Wirtschaftlichem trennen
15 können und wollen. Die Verantwortung für sich, ihre Mitarbeiter und
16 ihre Region übernehmen. Die auch in schwierigen Zeiten nicht das
17 Handtuch werfen – mit allen Risiken die damit verbunden sind.
18 Unternehmer, die selber gestalten möchten – die Gegenwart und die
19 Zukunft! Diesen Unternehmern möchten wir das Leben leichter
20 machen. Die Unternehmer in unserem Land sollen in einem positiven
21 Klima des Miteinanders arbeiten können. Wirtschaft braucht auch
22 stabile Rahmenbedingungen, sie braucht aber keine Regulierungswut
23 und Ordnungswahn. Ein schlanker Staat der es den Menschen einfach
24 macht ist dabei unser Leitbild. Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen
25 wir Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in Baden-Württemberg
26 sichern und weiterentwickeln.
27 Wir werden:

- 28 • ein gestaltungsstarkes Wirtschaftsministerium schaffen, das durch
29 seine gebündelten Zuständigkeiten für Wirtschaft, Energie, Verkehr
30 und Infrastruktur die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im
31 Land effektiv verbessern kann,
32 • das Erneuerbare-Wärme-Gesetz novellieren und
33 Sanierungsbremsen wie überzogene Pflichtanteile Erneuerbarer
34 Energien oder starre Pflichten für Nichtwohngebäude abschaffen,
35 • Schaffung von Wohnraum attraktiver machen durch Abschaffung
36 unsinniger Zumutungen und Vorschriften (z.B. Anwendung
37 Mietpreisbremse, neue Regelungen in der Landesbauordnung,
38 Zweckentfremdungsverbot) und Ausbau des Förderprogrammes zur
39 städtebaulichen Erneuerung und zielgerichtete Verwendung dieser
40 Mittel im Bereich Stärkung der Zentren sowie Nachverdichtung,
41 • den Vorrang privater Unternehmen vor Unternehmen der
42 öffentlichen Hand durch die bis heute geltende Fassung des § 102
43 GemO verteidigen, wir nehmen Rücksicht auf die örtliche Wirtschaft
44 und beschränken den Staat auf seine hoheitlichen Aufgaben,
45 • das von der grün-roten Landesregierung eingeführte
46 „Bildungsfreistellungsgesetz“ abschaffen. Es schafft eine unnötige
47 Belastung der Unternehmen und verteuert jeden Arbeitsplatz,
48 • eine Rohstoffstrategie entwickeln, die Import, Wiedergewinnung
49 und eigene Fördermöglichkeiten für Rohstoffe berücksichtigt,
50 • die Möglichkeiten zur Finanzierung von Innovationen verbessern
51 und praxisfreundlicher ausgestalten. Die Initiative für
52 Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge (ifex) fortsetzen,
53 • das europarechtswidrige Mindestlohn- und Tariftreuegesetz, das
54 Bildungsfreistellungsgesetz und bürokratische Belastungen des
55 Bundes-Mindestlohngesetzes sowie weitere gesetzliche
56 Zumutungen für die Wirtschaft abschaffen bzw. abmildern.

1 2.2 Der Mensch im Mittelpunkt

2 Kompetente Fachkräfte

3 Die Fortschritts- und Innovationschancen unserer Gesellschaft gründen
4 vor allem in der Vielfalt der Menschen die bei uns wohnen. Aus dem
5 Zusammenwirken der Geschlechter, Kulturen und Altersgruppen sowie
6 deren unterschiedlichen Lebensentwürfen, Erfahrungen und Talenten
7 speist sich der Ideenreichtum und die Arbeitskraft der Wirtschaft in
8 Baden-Württemberg. Die Menschen bei uns sind der wichtigste und
9 zugleich kostbarste „Rohstoff“, den unser Land zu bieten hat. Für sie
10 müssen wir ein lebenswertes Umfeld schaffen, sie fördern und
11 wertschätzen. Unsere Fachkräfte – vom Bäcker bis Bauingenieur, vom
12 Sachbearbeiter bis Sachgebietsleiter, vom Angestellten im kleinen
13 Familienbetrieb über die öffentliche Verwaltung bis zum Mitarbeiter
14 beim Weltkonzern – sie alle machen die Wirtschaft in Baden-
15 Württemberg aus. Damit auch in Zukunft unsere Unternehmen die
16 nötigen Fachkräfte finden, wollen wir insbesondere Frauen für eine
17 Ausweitung ihrer Berufstätigkeit und ältere Arbeitnehmerinnen und
18 Arbeitnehmer für ein längeres Verbleiben im Beruf gewinnen. Zudem
19 wollen wir die bisher erfolglos Arbeitssuchenden so fördern, dass ihr
20 Können nicht ungenutzt bleibt und am besten ein Einstieg in den
21 Arbeitsmarkt nachhaltig gelingt. Wir wollen die Schulabbrecher- und
22 Ausbildungsabbrecherquote deutlich reduzieren. Denn keine Begabung
23 darf übersehen werden. Nicht zuletzt wandern in Deutschland immer
24 mehr ausländische Fachkräfte zu, die bei uns nicht nur in den
25 Arbeitsmarkt erfolgreich integriert werden. Damit sich unsere Betriebe
26 und Fachkräften den veränderten Bedingungen in der Welt auch
27 künftig stellen können, müssen wir unsere Aus- und Weiterbildungen
28 den modernen Bedürfnissen anpassen.

29

30 Wir werden:

- 31 • Programme zur Weiterbildung in der Familienphase auflegen und
32 den Wiedereinstieg in den Beruf nach der Familienphase fördern,
- 33 • die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen
34 verstärken. Wir wollen beim neuen Fach „Wirtschaft und
35 Berufsorientierung“ auf eine praxisnahe Ausgestaltung hinwirken,
- 36 • das Angebot an Zusatzqualifikationen in der Berufsschule fördern
37 (z.B. MettalPLus) und Innovationen innerhalb der dualen
38 Ausbildung vor allem in der Anlaufphase fördern,
- 39 • das Angebot an zweijährigen Berufsausbildungen bedarfsgerecht
40 erweitern und dabei die Anschlussfähigkeit an Berufe mit einer
41 dreieinhalbjährigen Ausbildung sicherstellen,
- 42 • ein Landesprogramm zur Gewinnung von Fachkräften aus dem
43 Ausland aufstellen,
- 44 • über eine Bundesratsinitiative ein verlässliches und für potenzielle
45 Einwanderer transparentes System der Zuwanderung schaffen,
46 welches qualifizierten Bewerbern einen Anreiz gibt, in die
47 Bundesrepublik einzuwandern,
- 48 • an den bewährten Prinzipien dualer Ausbildung festhalten und
49 sehen diesen gleichberechtigt neben einem Hochschulabschluss,
- 50 • Frauen als wesentliche Zielgruppe der Wirtschaftspolitik des Landes
51 definieren und insbesondere für die Gründung von Unternehmen
52 gewinnen sowie Modelle der berufsbegleitenden
53 Weiterqualifizierung von Frauen entwickeln, evaluieren und
54 fördern.

1 2.3 Weltoffenheit und Chancen durch Leistung

2 Nicht die Herkunft ist entscheidend, sondern das Ziel

3 Deutschland wird durch Einwanderer reicher: kulturell und
4 wissenschaftlich, sozial und künstlerisch, sportlich und wirtschaftlich,
5 im privaten wie im öffentlichen Leben. So wie auch deutsche
6 Auswanderer in anderen Teilen der Welt zu gesellschaftlicher
7 Bereicherung und Fortschritt beigetragen haben. Die Chancen, die wir
8 Einwanderern ermöglichen, geben sie an neuen Chancen zurück. Indem
9 wir ihre Entwicklung fördern, stärken wir unsere Freiheit und sichern
10 unsere Zukunft. Der Bedarf an Fachkräften wächst. In den Jahrzehnten
11 vor uns dürfte die Erwerbsbevölkerung jährlich um 200.000 abnehmen.
12 Die Relation von Erwerbstätigen und Rentnern kann von 31 % im Jahr
13 2013 auf 57% im Jahr 2045 steigen. Zum Ausgleich bräuchte
14 Deutschland um die 400.000 Einwanderer jährlich. Auch wenn sich
15 diese Zahl als zu hoch herausstellt, bleibt klar: Nur mit neuen
16 Mitbürgern aus anderen Teilen der Welt kann unsere Gesellschaft ihr
17 Niveau wirtschaftlich, sozial und kulturell halten und ausbauen.
18 Angesichts dieser Wirklichkeit darf die Debatte über Zuwanderung in
19 Deutschland und Europa nicht weiter mit dem verklärten Blick auf die
20 angeblich so gute alte Zeit geführt werden, sondern muss die Zukunft
21 kreativ, offen und zuversichtlich in Angriff nehmen; gemeinsam mit
22 unseren neuen Mitbürgern. Weitsichtige und mutige Alternativen sind
23 klassische Aufgabe der Freien Demokraten. Deshalb braucht es
24 praktische Maßnahmen, die sich am wirklichen Leben orientieren, statt
25 den Sand unserer Gewohnheiten und Vorurteile ins Getriebe zu
26 schütten.

27

28

29

30 Wir werden:

- 31 • die Sprachkurse des Bundes durch landesfinanzierte
- 32 Sprachkursangebote ergänzen, verbunden mit der Einführung in die
- 33 kulturellen und gesellschaftlichen Gepflogenheiten in der
- 34 Wohnregion und in Deutschland insgesamt,
- 35 • die sogenannten Willkommenszentren zu one-stop-agencies
- 36 weiterentwickeln, in denen möglichst alle notwendigen
- 37 Hilfestellungen für Einwanderer konzentriert,
- 38 Anerkennungsverfahren begleitet und auch potentielle Arbeitgeber
- 39 über rechtliche Erfordernisse informiert werden,
- 40 • behördliche Erleichterungen und verbesserte Beratung für
- 41 Immigranten als Existenzgründer umsetzen, denn ihr Beitrag zum
- 42 wirtschaftlichen Erfolg und neuen Jobs ist überdurchschnittlich,
- 43 • Kommunen motivieren, von Erfahrungen in anderen Ländern zu
- 44 lernen und neue Wege zu beschreiten,
- 45 • uns für Teilhabe durch Verantwortung, das kommunale Wahlrecht
- 46 für Zuwanderer nach fünf Jahren in Deutschland einsetzen,
- 47 • uns einsetzen, um über eine Bundesratsinitiative ein verlässliches
- 48 und transparentes System der Zuwanderung zu schaffen, das
- 49 qualifizierten Bewerbern Anreiz zur Einwanderung gibt. Das
- 50 vorbehaltlose und glaubwürdige Bekenntnis zur freiheitlichen
- 51 demokratischen Grundordnung ist selbstverständliche
- 52 Voraussetzung für Staatsbürgerschaft oder dauerhaftes
- 53 Aufenthaltsrecht,
- 54 • die positiven Beispiele der Integration nach vorne stellen und
- 55 planen daher eine Initiative 100 Leuchttürme der Vielfalt, wie sie
- 56 erfolgreich in Österreich praktiziert wird.

57

1 2.4 Lebenslanges Lernen

2 Weiterbildung als individuelles Ziel

3 In unserer globalen Informationsgesellschaft veraltet Wissen immer
4 schneller. Niemand kann sicher sein, dass sein Schul- und Berufswissen
5 auch in zwanzig Jahren noch relevant sein wird. Nichts ist deshalb
6 lohnender für den einzelnen Menschen, als Bildung zu erwerben, zu
7 vertiefen und zu erneuern. Viele Menschen nutzen bereits die
8 Möglichkeiten zu beruflicher Weiterbildung.

9
10 Weil dies nicht nur der Gesellschaft, sondern in erster Linie auch dem
11 einzelnen Menschen zukommt, trägt dieser auch Verantwortung für die
12 eigene Weiterbildung. Die Vorstellung, dass von Weiterbildung nur
13 Arbeitgeber profitieren, halten wir für falsch.

14
15 Die Freien Demokraten haben deshalb schon seit vielen Jahrzehnten
16 die Weiterbildung in eigener Verantwortung als einen Kern ihres
17 Menschenbildes definiert. Lebenslanges Lernen ist ein Kernelement
18 liberaler Zukunftssicherung, denn es sichert Menschen die Teilhabe an
19 einer sich schnell wandelnden Gesellschaft und dieser die
20 entsprechenden Fachkräfte.

21
22 Flexible Bildungs- und Ausbildungsmodelle von der Berufsschule bis zur
23 Hochschule sind für uns ein wichtiger Faktor. Bildungsanteile müssen
24 erworben und gesammelt werden können, und der von uns eingeführte
25 Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wird eine weitergehende
26 Bedeutung erlangen.

27

28

29

30 Wir werden:

- 31 • die existierenden Weiterbildungssysteme sichern und
32 modernisieren, so dass jeder Mensch die Bildungsanteile erwerben
33 kann, die für seine persönlichen Ziele wichtig sind,
- 34 • die Hochschulen des Landes bei der Erfüllung ihrer Aufgabe der
35 akademischen Weiterbildung unterstützen,
- 36 • den europaweiten Transfer von Bildungs- und
37 Weiterbildungsleistungen weiter ausbauen und dies als einen
38 wichtigen Schritt zur Behebung des Fachkräftemangels verstehen,
- 39 • auch den Mitarbeitern kleiner und mittelständischer Unternehmen
40 die Möglichkeiten schaffen, moderne Weiterbildungsangebote zu
41 nutzen. Dabei kommt der netzgestützten Weiterbildung eine große
42 Bedeutung zu,
- 43 • Weiterbildung als eine inklusive Aufgabe begreifen, die jeden
44 Menschen dort abholen muss, wo er steht,
- 45 • auch Weiterbildungsangebote fordern und fördern, mit denen
46 ältere Menschen neue Horizonte und Aufgaben finden können,
- 47 • das von der grün-roten Landesregierung eingeführte
48 „Bildungsfreistellungsgesetz“ abschaffen, da es die Lasten der
49 Weiterbildung einseitig den Arbeitgebern aufbürdet.

50

1 2.5 Straßen - Pulsadern unseres Landes

2 Wohlstand kommt auf guten Straßen

3 Unsere Straßen sind die Pulsadern des Landes Baden-Württemberg.
4 Auf ihnen kommen Arbeitnehmer zu ihrem Arbeitsplatz und
5 Handwerker und Selbstständige zu ihren Kunden. Auf ihnen werden
6 Waren von zahlreichen mittelständischen Unternehmen zu den
7 Abnehmern in nah und fern transportiert und auf ihnen kommen
8 Rohstoffe und Produkte aus der ganzen Welt nach Baden-
9 Württemberg. Auf ihnen kommen Erholungssuchende in die
10 Erholungsgebiete Baden-Württembergs und Kinder in die Kindergärten
11 und Schulen. Auf ihnen sind aber nicht nur Pkw und Lkw unterwegs,
12 sondern auch viele Radfahrer und der Busverkehr. Unsere Straßen
13 verbinden Freunde und können Nähe schaffen, auch wenn man
14 manchmal ein paar Kilometer entfernt ist.

15
16 Sind unsere Straßen überlastet oder sanierungsbedürftig, belasten sie
17 die Bürger und die Wirtschaft des Landes. Die täglichen Staus auf
18 unseren Straßen kosten nicht nur Zeit, sondern belasten auch die
19 Umwelt. Sie bringen Verdruss für alle, die jeden Tag im Stau stehen und
20 Termine einhalten oder Waren pünktlich an ihr Ziel bringen müssen.
21 Leistungsfähige und moderne Bundes-, Landes- und kommunale
22 Straßen sind die Grundvoraussetzung für eine hohe Lebensqualität und
23 eine florierende Wirtschaft in Baden-Württemberg.

24
25
26
27
28
29

30 Wir werden:

- 31 • eine Zukunftsoffensive auflegen, aus der im Umfang von insgesamt
- 32 1 Mrd. Euro Investitionen aus der Landesstiftung in die
- 33 Infrastruktur, zu welcher auch der Breitbandausbau gehört, des
- 34 Landes finanziert werden,
- 35 • den Aufbau eines integrierten Verkehrsmanagements fördern, das
- 36 Straßenverkehr (Personen- und Güterverkehr) mit anderen
- 37 Verkehrsträgern verknüpft und den Verkehr als Gesamtsystem
- 38 optimiert,
- 39 • das Landesgemeindevverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG)
- 40 weiterentwickeln. Wir wollen wieder 60 % der zur Verfügung
- 41 stehenden Mittel für den Straßenbau vorsehen,
- 42 • die Mittel für Erhaltung und Ausbau der Landesstraßen dauerhaft
- 43 auf ein höheres Niveau steigern. Die Landesstraßen sichern vor
- 44 allem im ländlichen Raum die Mobilität der Bürger,
- 45 • die Freigabe von Seitenstreifen in hochbelasteten Zeiten auf
- 46 geeigneten Autobahnabschnitten vorantreiben,
- 47 • uns für ein effizientes Baustellenmanagement auf Autobahnen
- 48 einsetzen, das möglichst die Zahl der Fahrstreifen beibehält und
- 49 eine Beschleunigung des Bauablaufs umfasst,
- 50 • den Radverkehr als ökologische und gesunde Alternative zum
- 51 Autoverkehr weiterhin unterstützen. Innerhalb der Kommunen
- 52 sollen Radwege auch auf die Erfordernisse von Berufspendlern
- 53 ausgerichtet werden. Außerdem setzen wir auf Ladestationen für
- 54 Elektrofahrräder (Pedelecs, E-Bikes) und auf den Ausbau von
- 55 Radmietangeboten („BikeSharing“),
- 56 • die Belange der Logistikwirtschaft aktiv aufgreifen und sie als
- 57 wichtigen Wirtschaftsfaktor stärken.

58

1 **2.6 Verkehr auf der Schiene, in der Luft und auf dem** 2 **Wasser**

3 **Nur zusammen können die Verkehrsmittel die Nachfrage** 4 **befriedigen**

5 Der Verkehr muss fließen – nicht nur auf der Straße. Der moderne
6 Verkehr darf, kann und soll sich nicht nur auf den Straßenverkehr
7 beschränken - zumal ein unbegrenzter Ausbau des Straßenverkehrs
8 nicht möglich ist. Sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen
9 Gründen können nur alle Verkehrsträger gemeinsam die
10 Mobilitätsnachfrage einer modernen Gesellschaft befriedigen. Daher
11 müssen wir unseren Verkehr vernetzt denken. Verkehr vermeiden, dort
12 wo er vermeidbar ist. Verkehr optimieren, wo Ausbau die schlechtere
13 Alternative darstellt. Und bestehende Infrastruktur den heutigen
14 Anforderungen anpassen, besonders wo seit Jahren nicht mehr
15 investiert wurde.

16
17 Moderne Infrastruktur berücksichtigt die Belange der Menschen und
18 der Wirtschaft, ohne die Belange der Anwohner kleinzureden. Sie sieht
19 die Bedürfnisse aller Beteiligten und scheut die Auseinandersetzung
20 nicht. Am Anfang steht immer ein offener, ehrlicher Diskurs über die
21 Belange der Menschen, ihrer wirtschaftlichen Entfaltung und der Natur.
22 Am Ende der Diskussion muss aber auch eine Entscheidung stehen, die
23 von den Menschen akzeptiert wird.

24
25 Wir werden:

26 • uns weiter für das Projekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach
27 Ulm einsetzen. Das Land muss das Projekt wieder aktiv unterstützen
28 und mit allen Projektbeteiligten konstruktiv zusammenarbeiten,

- 29 • uns weiterhin für den umwelt- und menschengerechten Ausbau der
30 Rheintalbahn einsetzen („Baden 21“), da das Oberrheintal ein
31 wichtiger Transitkorridor im europäischen Nord-Süd-Verkehr ist.
32 Wir haben uns für den Einsatz von Landesmitteln für die
33 Verbesserung des Lärmschutzes eingesetzt und halten dies
34 weiterhin für erforderlich,
- 35 • mit den Kommunen den Bau von Fernbusbahnhöfen koordinieren,
36 so dass eine gute Infrastruktur für das stetig wachsende Angebot
37 entsteht und den ÖPNV in den Ballungsräumen systematisch
38 ausbauen und dabei die Angebote bedarfsgerechter, effizienter und
39 kostengünstiger gestalten,
- 40 • den ÖPNV auch im ländlichen Raum weiterentwickeln. Dabei setzen
41 wir auf die Ausweitung von Rufbus-Verkehren, die verstärkte
42 Integration von Taxi-Unternehmen und die Ergänzung des ÖPNV
43 durch Bürgerbusverkehre als Modelle bürgerschaftlichen
44 Engagements,
- 45 • alle Regionen des Landes über Straße und Schiene gut an die
46 Verkehrsflughäfen anbinden und diese miteinander vernetzen. Ein
47 Nachholbedarf besteht dabei insbesondere bei der Anbindung des
48 Flughafens Karlsruhe/Baden-Baden,
- 49 • uns weiterhin für eine einvernehmliche Lösung des Fluglärmstreits
50 mit dem Flughafen Zürich-Kloten einsetzen,
- 51 • Zielführend wäre ein konstruktiver Dialog für ein An- und
52 Abflugkonzept mit dem Beurteilungsmaßstab des Lärmaktionsplans,
- 53 • den Neckar als leistungsfähige Wasserstraße mit Zukunft gestalten.
54 Daher setzen wir uns mit Nachdruck beim Bund für die Sanierung
55 und den Ausbau der Schleusenanlagen für 135-m-Schiffe bis
56 Plochingen ein.

1 2.7 Digitales Baden-Württemberg

2 Die digitale Revolution ist für die meisten Menschen von größtem
3 Wert. Im täglichen Leben wie auch in der Wirtschaft ermöglicht das
4 Internet eine enorme Ausweitung der Lebensqualität. Die Nutzung von
5 internetbasierten Dienstleistungen oder die Verwendung
6 von unterschiedlichen Informationsquellen ist aus unserem Leben nicht
7 wegzudenken und hat völlig neue Formen der Teilhabe und Meinungs-
8 freiheit geschaffen. Und die Entwicklung geht weiter: die Einführung
9 cloudbasierter Datenspeicher, das Internet der Dinge (z.B. Industrie 4.0,
10 smarte Landwirtschaft) bis hin zu autonom fahrenden Fahrzeugen – all
11 das wird unser Leben in den vielfältigsten Bereichen weiter
12 entscheidend verändern. Egal ob Wissenschaft, Kultur, Bildung,
13 Wirtschaft oder Verwaltung – die Menschen profitieren von den
14 vielfältigen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters. Zugleich ist das
15 Internet auch ein Ort von Überwachung und Spionage geworden. Doch
16 nicht alles, was technisch möglich ist, kann von einer freien Gesellschaft
17 geduldet werden. Die Freien Demokraten stehen deshalb voll und ganz
18 hinter der digitalen Revolution und ihrem Fortschrittsversprechen: Das
19 Internet ist für Liberale ein Ort der Freiheit und soll dies auch bleiben.

20

21 Wir werden:

22 • für eine flächendeckende symmetrische Verfügbarkeit von
23 Breitbandanschlüssen sorgen (Kabel und Funk). Neben
24 Rahmenbedingungen für innovative Geschäftsmodelle muss das
25 Land mit höheren Zuschüssen als bisher Wirtschaftlichkeitslücken
26 beim ländlichen Breitbandausbau schließen. Damit zeitnah alle
27 Haushalte und Unternehmen über mind. 50Mbit/s verfügen, wollen
28 wir Mittel aus der geplanten Zukunftsoffensive nutzen, mit der

29 insgesamt 1 Mrd. Euro aus der Landesstiftung in die Infrastruktur
30 investiert werden soll,

31 • Marktbarrieren für neuartige Dienstleistungen (wie die Sharing
32 Economy) überprüfen und ggf. abbauen. Wir stehen dafür ein, dass
33 digitale Produkte für Menschen eine Befähigung darstellen, ihr
34 Leben selbstständig in die Hand zu nehmen,

35 • gegen überbordende staatliche Überwachungsbefugnisse – und für
36 eine unvermindert geltende grundrechtliche Gleichsetzung
37 analoger (Telefonie, Post) und digitaler (z.B. VoIP, E-Mail)
38 Kommunikation eintreten,

39 • gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung, insbesondere bei
40 Telekommunikations-, Maut- und Fluggastdaten eintreten: gegen
41 Symbolpolitik, Menschen nicht unter Generalverdacht stellen und
42 Datensparsamkeit als oberstes Prinzip achten,

43 • für einen modernen Datenschutz sorgen: Die individuelle Hoheit
44 über eigene Daten muss gewahrt werden. Der Landesbeauftragte
45 für Datenschutz ist zu stärken,

46 • für eine verstärkte Nutzung digitaler Medien im Bildungssektor
47 eintreten. Im allgemein- wie im berufsbildenden Bereich werden
48 wir stärkere digitale Kompetenzen als eine Kernaufgabe der Schulen
49 vorantreiben und Bildungseinrichtungen entsprechend ausstatten,

50 • E-Government und Open Data ausbauen: Durch
51 Zugriffsmöglichkeiten für die Bürger wird Transparenz im
52 staatlichen Regierungshandeln geschaffen. Die Möglichkeiten zur
53 Bürgerpartizipation und für moderne Informationsangebote werden
54 entscheidend erweitert. Behördenkommunikation ist zu
55 verschlüsseln,

56 • Maßnahmen gegen das rechtswidrige Ausspähen privater Daten
57 und gegen Wirtschaftsspionage ergreifen.

1 **2.8 Schwarzwald – wie cool ist das denn?**

2 **Vom Downhillfahren bis zur Seeumrundung –Tourismus in**
3 **Baden Württemberg**

4 So viele verschiedene Fahrräder es gibt – so viele verschiedene
5 Möglichkeiten gibt es, sie zu nutzen: Vom Downhillfahren in Bad
6 Wildbad – 2000 Höhenmeter abwärts mit Sprüngen und anderen
7 Hindernissen, über eine gemütliche Seeumrundung am Bodensee.
8 Baden-Württemberg hat für jeden etwas zu bieten.

9
10 Aber nicht nur Fahrradfahrer kommen auf ihre Kosten: Der Tourismus
11 in Baden-Württemberg hat sich zu einem soliden wirtschaftlichen
12 Standbein für viele Regionen entwickelt. Höhlenforschen, Wandern,
13 Hochseilgärten, Familienbauernhöfe, Segeln, Klettern oder einfach nur
14 Wellness und Entspannung: Unser Land vereint Arbeit, Abenteuer und
15 Entspannung aufs Beste miteinander. Aber auch die Natur bietet so
16 einiges, was sich zu teilen lohnt: Vom Naturpark Neckar-Odenwald über
17 das Biosphärengebiet Schwäbische-Alb bis zum Südschwarzwald, von
18 Wiesenlandschaften bis zu Streuobstwiesen und nicht zuletzt der
19 Bodensee sind Naturerlebnisse, die es lohnen, hergezeigt zu werden!

20
21 Wir wollen die Menschen unterstützen, die mit ihrer Arbeit Baden-
22 Württemberg für die Menschen erlebbar machen und die schönen
23 Seiten nach außen kehren!

24
25
26 Wir werden:

- 27 • das Tourismusfinanzierungsprogramm der L-Bank dem aktuellen
28 Förderbedarf der mittelständischen Tourismuswirtschaft anpassen,

- 29 • die allgemeinen Beratungs- und Finanzierungsangebote an Gründer
30 im Gastgewerbe verstärken (z.B. mit den bewährten
31 Beratungsgutscheinen) und durch gezielte Integrationsangebote
32 auch Gründern mit Zuwanderungsgeschichte Chancen auf
33 dauerhaften Erfolg ermöglichen. Denn das Tourismus- und
34 Gastgewerbe ist mit einem hohen Anteil von Gründern mit
35 Zuwanderungsgeschichte nicht zuletzt auch ein Integrationsmotor
36 unter den Wirtschaftsbranchen,
- 37 • den Landschaftsschutz stärken. Wir setzen dabei auf die Bewahrung
38 unserer Kulturlandschaften und auf das Prinzip „Schützen durch
39 Nützen“ anstatt auf weitere Flächenstilllegungen zulasten von Land-
40 und Forstwirtschaft. Die Schätze der Artenvielfalt in Baden-
41 Württemberg sind keine unberührten Urwälder, sondern von
42 Menschenhand geformte Strukturen wie Streuobstwiesen,
43 Wachholderheiden, Kleingärten, Hecken, Alleen, Steinbrüche und
44 Kiesgruben. Neben Gebieten, in denen die Energiewende Vorrang
45 hat, muss es im Landesplanungsrecht auch wieder
46 Landschaftsgebiete geben, in denen Natur, Erholung und
47 Fremdenverkehr den Vorrang haben,
- 48 • Baden-Württemberg als hochqualitativen Gesundheitsstandort mit
49 Kliniken und Reha-Einrichtungen der Spitzenmedizin sowie
50 hochwertigen Heilbädern für Behandlungsgäste aus dem Ausland
51 noch bekannter machen und die hierfür notwendige Infrastruktur
52 verbessern,
- 53 • die Ausweisung von Mountainbike-Strecken und –Trails in den
54 Naturparks sowie außerhalb der Naturparks im Erholungswald
55 fördern.

56

1 2.9 Schützen durch Nützen

2 Landwirtschaft und Forst

3 Die Land- und Forstwirtschaft ist vor allem im ländlichen Raum stark in
4 der Gesellschaft verwurzelt. Sie ist nicht nur nach wie vor eine
5 bedeutende Wirtschaftsbranche, sondern sichert zugleich die Pflege
6 unserer wertvollen und artenreichen Kulturlandschaften. In keiner
7 zweiten Branche ist das vorausschauende Denken und Planen so
8 verankert wie hier. Schon allein wegen der langen Zeitabstände von der
9 Pflanzung bis zur Ernte müssen Land- und Forstwirte im besten Sinne
10 nachhaltig wirtschaften. So ist es kein Zufall, dass der Begriff der
11 Nachhaltigkeit aus der Forstwirtschaft kommt und von Hans Carl von
12 Carlowitz im Jahr 1713 geprägt wurde.

13
14 Unternehmerische Landwirte entwickeln ihre Betriebe über
15 Generationen hinweg. Dabei stellen modernste Technologien wie
16 Smarte Landwirtschaft und Precision Farming keinen Gegensatz zur
17 Nachhaltigkeit dar, sondern führen – richtig eingesetzt – zu deren
18 Stärkung. Die landwirtschaftlichen Betriebe haben sich zu einem hoch
19 innovativen Mittelstand entwickelt. Dank moderner Anbauweisen und
20 höchster Qualität gehören Produkte aus Deutschlands Südwesten zu
21 Recht zu den beliebtesten bei den Verbrauchern im In- und Ausland.
22 Trotz des technischen Fortschritts ist die Arbeit in Feld, Wald und
23 Weinbergen nach wie vor von den Launen der Natur abhängig. Erträge
24 und Gewinne werden nicht nur vom Markt beeinflusst, sondern auch
25 von Unwägbarkeiten wie dem Wetter. Es ist daher die besondere
26 Aufgabe der Politik, diejenigen zu fördern, die tagtäglich bereit sind,
27 diese gesellschaftlich wichtige Aufgabe mit privater und wirtschaftlicher
28 Verantwortung zu übernehmen. Ihnen müssen wir das Leben so leicht
29 als möglich machen!

30 Wir werden:

- 31 • die von Grün-Rot einseitig auf Ökologie ausgerichteten Förder-
32 programme der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik im
33 Rahmen der beihilferechtlichen und finanziellen Möglichkeiten
34 nachträglich entbürokratisieren und umschichten, um Landwirten
35 mehr unternehmerische Selbstbestimmung zu ermöglichen,
- 36 • uns im Wege einer Bundesratsinitiative für eine steuerfreie
37 Risikoausgleichsrücklage für land- und forstwirtschaftliche Betriebe
38 einsetzen,
- 39 • das praxisferne und starre Grünlandumbruchverbot im
40 Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz auf den europa- und
41 bundesrechtlichen Mindeststandard begrenzen,
- 42 • die eigentumsfeindlichen und bürokratischen Regelungen für
43 Gewässerrandstreifen im Wassergesetz korrigieren,
- 44 • eine gleichermaßen kartellrechtssichere wie nachhaltige
45 Forststruktur für Privat-, Kommunal- und Staatswald schaffen,
- 46 • das bevormundende und eigentumsfeindliche grün-rote Jagdrecht
47 wieder durch ein Jagdgesetz mit praktikablen
48 Wildschadensregelungen ablösen und die in vielen Kreisen schon
49 ausgesetzte Jagdsteuer endgültig abschaffen,
- 50 • ein wirksames Kormoran- und Bibermanagement ermöglichen
51 sowie einen Ausgleichsfonds für Biber Schäden einrichten,
- 52 • das Fischereirecht mit Blick auf das überholte Nachtangelverbot
53 und das zu hohe Mindestalter für den Jugendfischereischein
54 modernisieren sowie die Zuständigkeiten für das Fischereiwesen im
55 Ministerium wieder in die Landwirtschaftsabteilung zurückführen.

56

1 2.10 Befähigen statt Bevormunden – selbstbestimmte 2 Verbraucher

3 Wirksamer Verbraucherschutz ist Wirtschaftspolitik für jedermann. Er
4 verbindet klassische Bürgerrechtstraditionen mit liberaler
5 Ordnungspolitik. Wirksame Verbraucherpolitik macht die Verbraucher
6 stark: durch mehr Rechte, eine bessere Rechtsdurchsetzung, die
7 Abwehr von Gefahren und durch bessere Informationen sowie mehr
8 Transparenz bei gleichzeitig weniger Bürokratie. Ob bei Lebensmitteln,
9 in der digitalen Welt, bei Gesundheitsleistungen oder Finanzprodukten
10 - wir wollen Verbraucher dazu befähigen, kompetent mit neuen
11 Technologien, mit Waren- und Dienstleistungsangeboten umzugehen.

12
13 Dabei trauen Freie Demokraten den Verbrauchern etwas zu. Wir bauen
14 auf eine Stärkung des Verbrauchers am Markt und nicht auf den Schutz
15 vor dem Markt. Selbstbestimmte Verbraucher wollen nicht vom Staat
16 bevormundet werden, sondern sind in der Lage, für sich selbst gute
17 Entscheidungen zu treffen.

18 Selbst in einer komplexer gewordene Waren- und Dienstleistungswelt
19 darf deshalb die Antwort der Politik auf Wissenslücken bei den
20 Verbrauchern niemals Belehrung, Bevormundung oder eine Abkehr
21 vom Grundrecht auf wirtschaftliche Selbstbestimmung sein. Ansätze,
22 die im Dienste scheinbar höherer Zwecke gezielt auf subtile
23 Verhaltenssteuerung und Bevormundung setzen (z.B. „Veggie-Day“
24 oder „Nudging“), lehnen wir Freie Demokraten entschieden ab. Nicht
25 zuletzt der Verweis auf „verhaltenswissenschaftliche Interventionen“
26 sollte deshalb aus der Verbraucherpolitischen Strategie des Landes
27 gestrichen werden. Stattdessen setzen wir auf sachkundige Aufklärung
28 und Marktüberwachung.

29

30 Wir werden:

- 31 • die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz möglichst einheitlich
32 in einem Ministerium zusammenführen und dieses Ministerium mit
33 einem ressortübergreifenden Initiativrecht in Verbraucherfragen
34 ausstatten,
- 35 • Vollzugsdefizite bei der Marktüberwachung zugunsten von
36 Verbrauchern und Unternehmen kontinuierlich abbauen,
- 37 • über eine angemessene Ausstattung der Verbraucherzentrale
38 Baden-Württemberg und weiterer unabhängiger Institutionen
39 einen wirksamen Verbraucherschutz ermöglichen,
- 40 • die Arbeit der Kartellbehörde und der Energiekartellbehörde des
41 Landes stärken, um im Interesse von Verbrauchern wie
42 Unternehmen einen fairen Wettbewerb und eine
43 marktwirtschaftliche Preisbildung sicherzustellen, ferner die
44 Energieberatung vor Ort fördern und die regionalen
45 Energieagenturen stärken,
- 46 • die Verbraucherpolitische Strategie des Landes im Sinne des
47 Grundrechts auf wirtschaftliche Selbstbestimmung überarbeiten
- 48 • die bürokratische und undurchsichtige Doppelzertifizierung, z.B. des
49 Staatsforstes nach FSC beenden und am international
50 verbreiteteren Standard PEFC festhalten,
- 51 • die Eiweißinitiative des Landes auch nach 2015 fortsetzen, um die
52 von Verbrauchern wie von Landwirten gewünschten ertragsstarken
53 und gentechnikfreien Alternativen zu Futtermittelimporten aus
54 Übersee zu entwickeln.

1 **Kapitel 3 Mehr Lebensqualität durch Technik**

2 **3.1 Blaues Wachstum**

3 Die Freien Demokraten setzen auf innovatives, nachhaltiges und
4 intelligentes Wachstum. Wachstum darf jedoch nie seine eigenen
5 Grundlagen gefährden oder nur einzelnen Generationen zugänglich
6 sein. Es ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, dass heutiges
7 Handeln nicht die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen
8 mindert.

9
10 Eine Formel, die Belastungsgrenzen der Umwelt mit einem begrenzten
11 Wachstum gleichsetzt, unterschätzt jedoch die Innovationskraft des
12 Menschen. Die Entwicklungsgeschichte zeigt, dass Menschen mit
13 Innovationen, mit Kreativität und Fortschrittswillen immer wieder in
14 der Lage waren, scheinbar vorhandene Grenzen des Machbaren zu
15 verschieben, Produkte zu verbessern und Innovationen zu entwickeln,
16 die die Welt zum Besseren verändert haben. Wir zweifeln nicht daran,
17 dass Menschen auch in Zukunft über sich hinaus wachsen und diese
18 Herausforderungen meistern.

19
20 Am Beispiel des Kupfer, FCKWs oder der Seltenen Erden zeigt sich, dass
21 durch Substitution bzw. Ergänzung vorhandener Techniken scheinbare
22 Grenzen der Rohstoffe überwunden wurden: FCKWs konnten in
23 wichtigen Bereichen substituiert werden. Kupfer wurde im Kabelbau
24 durch Glasfaserkabel ergänzt. Im Bereich der seltenen Erden werden
25 derzeit wegen verbesserter Wirtschaftlichkeit alle Minen wieder
26 exploriert. Aber auch im Einsatz der Rohstoffe wurden in den letzten
27 fünfundzwanzig Jahren enorme Fortschritte erzielt. So ist die
28 Energieproduktivität in Deutschland seit 1990 um 40% gestiegen. Die

29 Stärke des Technologie- und Wirtschaftsstandortes Baden-
30 Württemberg liegt in der effizienten Nutzung von Energie.
31 Technologischer Fortschritt bedeutet auch mehr Umweltfreundlichkeit.

32

33 Wir werden:

- 34 • die Energieeffizienzfinanzierung der landeseigenen L-Bank
35 ausbauen, die Zuführungsbeträge des Landes erhöhen und die
36 Förderinstrumente an aktuelle Finanzierungsbedarfe von
37 Hauseigentümern, Unternehmen und Kommunen anpassen,
- 38 • die „Industry-on-Campus“-Kooperation mit Kleinen und mittleren
39 Unternehmen verbessern und ausweiten,
- 40 • die direkte Innovationsförderungen (Innovationsgutscheine,
41 Sonderinvestitionen in wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen
42 und „Junge Innovatoren“) aufstocken,
- 43 • an einer neu zu gründenden Hochschule für angewandte
44 Wissenschaften neue Studiengänge mit dem Schwerpunkt Umwelt-
45 und Energietechnik einrichten,
- 46 • die Erforschung und Entwicklung umweltschonender
47 Antriebstechnologien im Heimatland des Automobils
48 technologieoffen vorantreiben,
- 49 • Maßnahmen zur Verbesserung des Technologietransfers aus den
50 Hochschulen in die baden-württembergische Wirtschaft ergreifen,
- 51 • rechtliche Möglichkeiten institutioneller Anleger zur Investition in
52 Hightech-Unternehmen zum Beispiel im Biotechnologie- und
53 Medizintechnikbereich eröffnen, um Kapital für risikobehaftete,
54 langwierige Entwicklungen zu mobilisieren.

1 3.2 Intelligente Energiepolitik für Unternehmen und 2 Haushalte

3 Die Energieversorgung muss auch künftig für jedermann sicher und
4 bezahlbar bleiben. Dem eigenen Einfluss Baden-Württembergs auf das
5 Weltklima sind zunächst enge Grenzen gesetzt. Einen sinnvollen Beitrag
6 zum Klimaschutz wird die hiesige Energiewende daher nur leisten,
7 wenn sie durch bezahlbare Preise, steigende Energieeffizienz und einen
8 weiter wachsenden Anteil erneuerbarer Energien andere Länder zur
9 Nachahmung einlädt. Zudem muss sie mit der Entwicklung zu einem
10 echten europäischen Binnenmarkt für Energie harmonisieren. Als
11 zentrales Instrument der Energiewende sollte daher der europäische
12 Emissionshandel gestärkt werden, weil er anders als die deutsche
13 Ökostromumlage marktwirtschaftliche Anreize für Investitionen in
14 erneuerbare Energien und Effizienz setzen kann.

15
16 In diesem Sinne sollte Baden-Württemberg seine Stärken in die
17 Energiewende einbringen. Diese liegen im windarmen Südwesten nicht
18 im subventionierten Ausbau sogenannter Schwachwindanlagen,
19 sondern im Sinne des blauen Wachstums in technischen Innovationen
20 zur effizienten Nutzung von Wärme, Kraftstoffen und Strom. Auch die
21 Forschung an verschiedensten Verfahren zur Energiespeicherung
22 ermöglicht Chancen für den Mittelstand. Wichtig ist, bei allen Schritten
23 der Energiewende – und nicht zuletzt beim unverzichtbaren Ausbau der
24 Stromnetze – die Bevölkerung umfassend zu informieren und
25 mitzunehmen. Änderungen müssen von den Menschen getragen, mit
26 Rücksicht auf Natur, Landschaft und Umwelt geplant sowie von der
27 Politik begleitet werden.

28

29

30 Wir werden:

- 31 • die Energieberatung vor Ort fördern und die regionalen
32 Energieagenturen stärken,
- 33 • das Erneuerbare-Wärme-Gesetz novellieren, um
34 Sanierungsbremsen wie den starren 15 Prozent-Pflichtanteil
35 erneuerbarer Energien und die praxisfernen Pflichten für
36 Nichtwohngebäude zu beseitigen,
- 37 • die Möglichkeit kommunaler Anschlusszwänge für Nah- und
38 Fernwärme aus der Gemeindeordnung streichen. Denn
39 Wärmenetze müssen sich durch günstige Preise durchsetzen, und
40 nicht durch Beseitigung jeglichen Wettbewerbs,
- 41 • Fördermittel des Landes auf die Forschung und Entwicklung von
42 Energieeffizienz und Speichertechnologien konzentrieren,
43 während sich der Ausbau erneuerbarer Energien nach Jahren der
44 Subventionen nun Stück für Stück selbst tragen muss,
- 45 • den Schutz von Anwohnern und Landschaften vor
46 Windenergieanlagen verstärken. Dazu werden wir größere
47 Mindestabstände zur Wohnbebauung schaffen und das
48 Landesplanungsrecht neu ordnen. Neben Vorranggebieten für
49 Windräder muss es in der Regionalplanung auch wieder die
50 Möglichkeit geben, Gebiete auszuweisen, in denen Natur, Erholung
51 und Fremdenverkehr den Vorrang haben,
- 52 • die Landesbeteiligung der EnBW soll nach erfolgreicher
53 Restrukturierung des Unternehmens verkauft werden. Dabei
54 streben wir im Sinne des Wettbewerbs eine mittelständisch
55 geprägte Eigentümerstruktur an.

56

1 3.3 Exzellente Forschung und Entwicklung

2 Innovation sichert Zukunft

3 Die Wissensmenge in der Welt wächst immer schneller. Hochschulen
4 und andere Forschungseinrichtungen in unserem Land haben eine
5 Vielzahl von herausragenden Forschungsleistungen vorzuweisen, die zu
6 diesem Wachstum beitragen.

7

8 Es ist Tradition der Freien Demokraten, diesen Wissenszuwachs als
9 Chance zur Sicherung unserer Zukunft zu begreifen. Risiken neuer
10 Erkenntnisse müssen erkannt, diskutiert und gemanagt werden –
11 dürfen aber den Fortschritt nicht verhindern.

12

13 Die Profile unserer Forschungseinrichtungen reichen von der klaren
14 Anwendungsorientierung bis hin zu den aktuellen Grenzen unserer
15 Wissensgrundlagen. Die Bedeutung der universitären Grundlagen-
16 forschung wird durch die Erfolge unseres Landes in den Exzellenz-
17 initiativen des Bundes sichtbar. Der Technologietransfer aus den
18 Universitäten, den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, den
19 außeruniversitären öffentlichen Forschungseinrichtungen und den
20 privatwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen ist eine der Quellen
21 unserer Wirtschaftskraft.

22

23 Diese Vielfalt ist Stärke, ihre Erhaltung und Förderung darum ein
24 wichtiges Anliegen der Freien Demokraten. Dafür werden wir uns auch
25 auf der europäischen Ebene stark machen, denn gerade in einem
26 Europa, in dem die Regionen um Unternehmen und Wissenschaftler
27 konkurrieren, muss Baden-Württemberg ein idealer Standort für
28 Forschung sein.

29

30 Wir werden:

- 31 • keine Denkverbote und ideologisch motivierte Forschungs-
32 begrenzungen akzeptieren, sondern die Freiheit des Geistes und der
33 Forschung gewährleisten,
- 34 • die von der grün-roten Landesregierung vorgenommenen Regu-
35 lierungen der Forschung an den Hochschulen wieder aufheben,
- 36 • den im Jahr 2015 abgeschlossenen „Hochschulpakt 2020“ loyal
37 erfüllen, damit die Verlässlichkeit der Planung bis 2020 bestehen
38 bleibt,
- 39 • für die Zeit ab 2021 einen neuen Hochschulpakt anstreben, der die
40 Finanzierung wiederum für fünf Jahre sichert,
- 41 • neue Zukunftschancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs
42 schaffen, um exzellente Köpfe im Land zu behalten,
- 43 • das Innovations- und Patentmanagement im Land neu strukturieren
44 und modernisieren,
- 45 • die Unterstützung für Hochschulen und andere Forschungs-
46 einrichtungen bei der Einwerbung von Forschungsmitteln ver-
47 bessern.

48

1 **3.4 Ingenieure, Techniker & Co.**

2 **Technische Bildung in Baden-Württemberg**

3 Dass Baden-Württemberg in Deutschland und Europa als das Land
4 angesehen ist, in dem die Technik zu Hause ist und von dem technische
5 Entwicklungen aller Art ausgehen, beruht auf der Kompetenz und den
6 Fähigkeiten unserer Ingenieure, Techniker und technischen
7 Facharbeiter. Sie schaffen in vielen Bereichen die Lebensqualität, von
8 der alle Menschen profitieren.

9
10 Diese Kompetenz fällt nicht vom Himmel, sondern wird durch ein
11 Netzwerk von technikorientierten Schulen und Hochschulen
12 geschaffen. Wir brauchen auch in Zukunft berufliche Schulen, die -
13 erstklassig ausgestattet und mit erfahrenen Lehrern besetzt -
14 Facharbeiter und Techniker ausbilden, die den Anforderungen von
15 High-Tech-Arbeitsplätzen in Mittelstand und Industrie gewachsen sind,
16 aber auch im Low-Tech-Bereich über die notwendigen Fähigkeiten
17 verfügen. Eine wichtige Aufgabe der beruflichen Schulen ist es auch,
18 Talente zu entdecken, die auf dem zweiten Bildungsweg eine
19 Qualifikation als Ingenieur anstreben wollen und können.

20
21 Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und die Duale
22 Hochschule Baden-Württemberg bewältigen seit vielen Jahrzehnten die
23 Aufgabe, praxisnah und qualifiziert Ingenieure für die baden-
24 württembergische Wirtschaft auszubilden. Wir wollen eine weitere
25 Hochschule für angewandte Wissenschaften gründen, die Ingenieure
26 im Schwerpunktbereich Medizin- und Umwelttechnik ausbildet.
27 Zusammen mit den Unternehmen wollen wir daran arbeiten, dass sich
28 die Zahl der Studienplätze an der Dualen Hochschule erhöht.

29 Schließlich sind es die Technischen Universitäten in Karlsruhe und
30 Stuttgart, die seit mehr als 100 Jahren den Bedarf an akademischem
31 Ingenieur nachwuchs decken. Nicht ohne Grund ist der Diplom-
32 Ingenieur, der von einer baden-württembergischen Universität kommt,
33 weltweit gefragt, wenn es um anspruchsvolle Aufgaben der Forschung,
34 Entwicklung und Produktion geht.

35
36 Wir werden:

- 37 • zusammen mit den Stadt- und Landkreisen für ein differenziertes
38 Angebot an erstklassig ausgestatteten beruflichen Schulen sorgen
39 und dafür werben, dass sich junge Menschen für einen technischen
40 Beruf entscheiden,
- 41 • die Zahl der technischen Studienplätze an den Hochschulen für
42 angewandte Wissenschaften und der Dualen Hochschule bedarfs-
43 gerecht erhöhen, u.a. durch die Gründung einer weiteren
44 Hochschule für angewandte Wissenschaften mit dem Schwerpunkt
45 Medizin- und Umwelttechnik,
- 46 • die Rahmenbedingungen für die Ausbildung von akademischen
47 Ingenieuren in Karlsruhe und Stuttgart weiter verbessern und dafür
48 sorgen, dass die Absolventen der technischen Studiengänge neben
49 dem Master-Titel den weltweit angesehenen Titel eines Diplom-
50 Ingenieurs führen können,
- 51 • uns anstrengen, durch Information und geeignete Werbemaß-
52 nahmen noch mehr junge Frauen zu bewegen, sich auf einen
53 technischen Beruf einzulassen.

54

1 3.5 Wissenschaft und Technik sichern Gesundheit

2 Innovative Medizin im Dienste der Menschen

3 Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter in der Medizin:
4 Leistungsfähige Diagnose- und innovative Therapieverfahren eröffnen
5 völlig neue Wege zur Vermeidung, Früherkennung und Behandlung
6 schwerer Krankheiten und die Individualisierung von Diagnose- und
7 Therapieverfahren auf den einzelnen Menschen hin verspricht bisher
8 noch viele unerforschte Möglichkeiten. Im Zusammenwirken mit der
9 modernen Informations- und Kommunikationstechnologie können
10 neue Verfahren und Behandlungskonzepte entwickelt und für alle
11 leichter und kostengünstiger zugänglich gemacht werden. Die hierbei
12 eingesetzte digitale Datenerfassung und Datenweiterleitung erfordert
13 aber zugleich höchste datenschutzrechtliche Sorgfalt.

14
15 Baden-Württemberg kommt in diesem Zukunftsfeld der Medizin-, Bio-
16 und Pharmatechnologie als einer der Leitstandorte weltweit eine
17 besondere Bedeutung zu. Seit Jahrzehnten werden wesentliche
18 Durchbruchstechnologien bei uns erfunden und sowohl von weltweit
19 führenden Traditionsunternehmen als auch von hochinnovativen
20 „Start-ups“ im Land gemeinsam mit Kliniken und internationalen
21 Partnern zur Marktreife entwickelt. Fortschritt im Bereich der
22 Gesundheitstechnologien wird auch insbesondere durch die
23 Vernetzung mit Technologiefortschritten in anderen Branchen, wie z.B.
24 der Informations- und Kommunikationstechnik oder Materialforschung
25 erzielt. Kooperationen mit anderen Branchen gestalten sich aber auf
26 Grund von unterschiedlichen Geschäftsmodellen und
27 Entwicklungskulturen und -zeiträumen schwierig. Gezielte Forschungs-
28 und Entwicklungsförderung kann dabei unterstützend wirken.

29

30 Wir werden:

- 31 • klare Regeln für den Umgang mit sensiblen Gesundheitsdaten
32 entwickeln, um den Bürgern die Hoheit über ihre persönlichen
33 Gesundheitsdaten zu erhalten. Ohne Einverständnis des
34 Betroffenen darf niemand Zugang zu persönlichen
35 Gesundheitsdaten bekommen,
- 36 • aus der Projekt- und Modellphase ein System zur flächendeckenden
37 Nutzung der Telemedizin fördern,
- 38 • durch gezielte Forschungsförderung die Verbreiterung der
39 Technologiebasis unterstützen, damit branchenübergreifende
40 Lösungen leichter gelingen,
- 41 • Kooperationsplattformen zum Austausch und zur besseren
42 Vernetzung von unternehmerischer Forschung und Entwicklung und
43 klinischer Anwendung schaffen sowie eine Informations- und
44 Beratungsplattform erstellen, die die Gesamtheit aller staatlichen
45 und nichtstaatlichen Fördermaßnahmen für Forschungs- und
46 Entwicklungsvorhaben transparent darstellt,
- 47 • Vorschläge zu Zulassungsverfahren, Gebührenordnungen und
48 Erstattungsregeln für innovative Diagnose- und
49 Behandlungsverfahren erarbeiten, damit medizinische Innovationen
50 möglichst schnell den Patienten zu Gute kommen und Potenziale
51 zur Kosteneffizienz für das Gesundheitswesen genutzt werden
52 können (Bsp: Abrechnung von Multiparameter-Diagnostik),
- 53 • rechtliche Möglichkeiten institutioneller Anleger zur Investition in
54 Hightech-Unternehmen im Life-Science- und Medizintechnikbereich
55 eröffnen, um Kapital für risikobehaftete, längerfristige
56 Entwicklungen zu mobilisieren und medizinische Innovationen im
57 Land zu befördern.

58

1 **3.6 Innovationsfinanzierung Mittelstand**

2 Wir wollen einen Staat, der die Bürger und Unternehmer im Alltag in
3 Ruhe lässt, bei großen Problemen aber nicht im Stich lässt. Diese
4 Position entspricht dem Selbstverständnis der mittelständischen
5 Unternehmen. Sie wollen eigenverantwortlich arbeiten und nicht durch
6 Bürokratie gegängelt oder gelähmt werden. Staatliche Förderung sollte
7 daher nur als Hilfe zur Selbsthilfe und so unbürokratisch wie möglich
8 ausgestaltet werden. Das von den Freien Demokraten begründete
9 System der Innovationsförderung hat sich extrem gut bewährt und zu
10 einem stetigen Innovationsfluss in ganz unterschiedlichen
11 Wirtschaftszweigen geführt.

12
13 Wir wollen die kleinen und mittelständischen Unternehmen weiter
14 stärken, denn sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Private
15 Finanzierung im Mittelstand sollte eigentlich selbstverständlich sein –
16 ist sie aber nicht. Dies betrifft nicht nur Start-Ups, sondern vor allem
17 Low-Tec-Unternehmen. Hierzu zählen viele mittelständische
18 Unternehmen in Maschinenbau, Medizintechnik und Automobilbau.

19
20 Die Finanzierung eines neuen Gebäudes oder einer Maschine ist für
21 diese Unternehmen meist unproblematisch. Planen sie aber ein
22 Innovationsprojekt, haben sie nicht selten große Probleme bei der
23 Finanzierung. Dabei sind Innovationsprojekte für die sog. Low-Tec-
24 Unternehmen ganz besonders wichtig, um auch künftig als
25 umsetzungsstarke Dienstleister am Markt zu bestehen.

26
27 Mittelständische Unternehmen wollen und sollen innovativ sein.
28 Fördermittel stellen hier eine Anschubfinanzierung dar. Sie generieren
29 aber nur selten unmittelbar eine Innovation. Es bleibt also eine

30 gewaltige Finanzlücke. Für Venture-Capital-Gesellschaften sind vor
31 allem große Investitionsvolumina und Weltmarktführer in Nischen mit
32 hohen Renditeerwartungen interessant.

33

34 Wir werden:

- 35 • strukturelle Benachteiligungen von kleinen und mittleren
- 36 Unternehmen bei der Innovationsfinanzierung beseitigen,
- 37 • eine Plattform „Finanzierung Innovativer Mittelstand“ gründen,
- 38 deren Ziel es ist, in möglichst großem Rahmen die
- 39 Investitionsbereitschaft von privater Seite zu stärken,
- 40 • dafür sorgen, in möglichst hohem Maß die private
- 41 Investitionsbereitschaft zu stärken, denn Gelder für die
- 42 ausreichende finanzielle Ausstattung des Mittelstands können nicht
- 43 in erster Linie durch staatliche Fördermittel aufgebracht werden,
- 44 • die staatliche Bürokratie im Bereich der Mittelstandsförderung
- 45 weniger stark auf Absicherung ausrichten als vielmehr auf das
- 46 Ergreifen von Chancen, die von den mittelständischen
- 47 Unternehmen selbst gesehen werden,
- 48 • für sichere Rahmenbedingungen sorgen und für die notwendige
- 49 Aufklärung und Möglichkeiten bei Patentschutz und Schutz vor
- 50 Betriebsspionage.

51

1 **3.7 Mobilität neu denken**

2 **Innovationen durch moderne Verkehrstechnik**

3 Die Sehnsucht des Menschen dorthin zu kommen wohin er will, dann
4 wann er will und das so schnell wie irgendwie möglich, ist seit je her
5 ungebrochen. Dieses Grundbedürfnis des Menschen kann allerdings
6 auch negative Folgen haben: Lärm, Schadstoffe und Stau. Die moderne
7 Technik macht es jedoch möglich, die Probleme zu minimieren,
8 manchmal gar sie aufzulösen. Daher muss vor einem Ausbau der
9 Infrastruktur immer die Überlegung stehen, ob der Einsatz moderner
10 Telematiklösungen die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur
11 nicht so weit verbessert, dass ein Ausbau erst gar nicht notwendig wird.
12 Innovationen bringen den Verkehr voran: Die Fortschritte in der
13 Mobilfunk- und Ortungstechnik ermöglichen Auskunftssysteme mit
14 Echtzeitdaten für alle Verkehrsmittel. Neue Bremsen an Zügen stellen
15 zwar den Lärm nicht ab, reduzieren ihn aber deutlich. Auch Flugzeuge
16 werden immer leiser und verbrauchsärmer – trotz steigender Größe
17 der Maschinen. Die Entwicklung alternativer Antriebe und
18 Speichersysteme ermöglicht neue Fahrzeuge, die vor Ort kaum
19 Emissionen verursachen und die Fortschritte in der Entwicklung
20 autonom fahrender Pkw werden vielleicht schon in wenigen Jahren
21 ganz neue Mobilitätsangebote ermöglichen. Damit der Verkehr optimal
22 auf unsere Bedürfnisse ausgerichtet ist, brauchen wir intelligente
23 Lösungen – oftmals made in Baden-Württemberg!

24
25 Wir werden:

26 • die Forschung, Entwicklung und Einführung neuer Antriebs- und
27 Speichertechnologien unterstützen. Dabei geht es neben der
28 Elektromobilität auch um die Weiterentwicklung von

29 Verbrennungsmotoren für fossile Kraftstoffe und Wasserstoff, um
30 den Verbrauch und die Emissionen weiter zu reduzieren,
31 • Lärm an der Quelle bekämpfen. Dazu wollen wir die
32 Förderprogramme zum Lärmschutz fortführen und setzen uns für
33 lärmdifferenzierte Trassenpreise und Flughafengebühren ein, um
34 den Einsatz lärmreduzierter Güterzüge und Flugzeuge zu belohnen,
35 • die eigenverantwortliche Mobilität der Bürger durch die Einrichtung
36 vernetzter Mobilitätszentralen unterstützen. Um Bürgern außerhalb
37 der Ballungszentren Wahlfreiheit zwischen Mobilitätsangeboten zu
38 sichern, streben wir eine landesweit vernetzte Echtzeitauskunft für
39 alle Verkehrsmittel an, die für alle Bürger immer abrufbar ist,
40 • den Verkehrsfluss auf Autobahnen und hoch belastete
41 Bundesstraßen durch flexible telematische Geschwindigkeitsregel-
42 anlagen verbessern. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen
43 oder grundsätzlich Tempo 30 in Städten halten wir für falsch,
44 • neue innovative Mobilitätsangebote positiv begleiten. Dies gilt auch
45 für neue Dienste und Anbieter im Taxi- und Mietwagengewerbe.
46 Wichtig ist dabei ein fairer Wettbewerb, bei dem etablierte und
47 neue Marktteilnehmer den gleichen Vorgaben unterliegen,
48 • das Car-Sharing als interessante Alternative zum individuellen
49 Fahrzeugbesitz unterstützen. Die kombinierten Angebote von
50 ÖPNV-Betrieben und Car-Sharing-Anbietern sind fortzuentwickeln.
51 Die Bereitstellung besonderer Stellplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge
52 muss in den Kommunen vorangetrieben werden,
53 • die Zusammenarbeit und Kooperation der Verkehrsverbünde im
54 Land positiv begleiten. Neue Tarifangebote und elektronische
55 Abrechnungssysteme (eTicketing) sind landesweit kompatibel
56 einzuführen, um Insellösungen zu vermeiden. Dies gilt auch für ein
57 attraktives landesweites Semesterticket, das von jedem Studenten
58 optional erworben werden kann.

1 **Kapitel 4 Wir leben soziale Verantwortung**

2 **4.1 Selbstbestimmt und verantwortlich - Familien**

3 In unseren Kindern liegt die Zukunft unseres Landes. Dies erfordert eine
4 Politik, in deren Mittelpunkt die Bedürfnisse der Kinder und
5 Jugendlichen und ihrer Familien stehen. Familie gibt es heute in
6 vielfältiger Weise: Verheiratete oder unverheiratete Eltern,
7 Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern, Patchwork-
8 Familien oder Pflegefamilien.

9
10 Sie alle verdienen Anerkennung und die jeweils notwendige
11 Unterstützung, damit sich Kinder zu eigenständigen, lebensfrohen
12 Persönlichkeiten entwickeln können und Familien ermöglicht wird, ihr
13 Leben verantwortlich so zu gestalten, wie sie es sich wünschen.

14
15 Hierfür bedarf es nicht nur eines flächendeckend ausreichenden
16 Angebotes an Kinderbetreuungseinrichtungen und frühkindlicher
17 Bildung, sondern auch eine stete Verbesserung der Betreuungs- und
18 Bildungsqualität und flexiblerer Öffnungszeiten. Denn erst, wenn Eltern
19 das Vertrauen haben können, dass ihr Kind gut aufgehoben und die
20 richtige Entwicklungsförderung erhält, und Betreuungsangebote
21 passend zu ihren Arbeitszeiten finden, haben sie echte Wahlfreiheit.

22
23
24
25
26
27
28
29

30 Wir werden:

- 31 • Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pflege und Beruf sowie
32 Schule und Beruf weiter verbessern und flexiblere Öffnungszeiten
33 von Kindertagesstätten, Krippen und Kindergärten fördern und
34 Tagesmütter und Tagesväter unterstützen und nicht durch eine
35 bürokratische Überregulierung behindern,
- 36 • Das Problem der Schulferienbetreuung angehen, damit durch die
37 Vielzahl an Ferientagen berufstätige Eltern nicht zu sehr belastet
38 werden. Hierzu bedarf es verlässlicher Strukturen, die zusammen
39 mit den Kommunen, Kirchen und Vereinen entwickelt bzw.
40 verbessert werden müssen und die auch eine zuverlässige
41 Nachmittagsbetreuung gewährleisten könnten,
- 42 • Programme zur beruflichen Weiterbildung in der Familienphase und
43 zum Wiedereinstieg in den Beruf auflegen,
- 44 • Paare mit unerfülltem Kinderwunsch unterstützen und für
45 Änderung Leistungsrecht gesetzliche Krankenversicherung
46 eintreten, damit die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen
47 sichergestellt werden kann. Vorübergehend bis zur Änderung des
48 Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung könnte ein
49 Landesprogramm aufgelegt werden,
- 50 • das Landesprogramm STÄRKE zur Elternbildung und dadurch zur
51 präventiven Stärkung des Kinderschutzes wieder
52 einkommensunabhängig gestalten. Hierzu gehört auch eine
53 Stärkung der Hebammen nicht nur als Geburtshelfer, sondern auch
54 als Familienbegleiter in der frühen Entwicklungsphase des Kindes,
- 55 • eine Kultur des Hinsehens und Eingreifens bei Vernachlässigung und
56 Missbrauch von Kinder und Jugendliche fördern und Hilfestrukturen
57 ausbauen (z.B. Kinderschutzambulanzen an den Krankenhäusern),
58 vernetzen, bekannter machen und durchsetzen.

1 4.2 Unverzichtbar: Die Kultur des Ehrenamts

2 Unser Staat wäre ohne ehrenamtliches Engagement nicht lebensfähig.
3 Das Einbringen der Bürgerinnen und Bürger bei Vereinen und
4 Initiativen aller Art ist ein lebensnotwendiger Baustein unserer
5 Zivilgesellschaft. Engagement für Andere und die Gemeinschaft erfüllt
6 das Leben vieler Menschen und schafft Zusammenhalt in einer als
7 immer schneller wahrgenommenen Umwelt. Gleichzeitig vertrauen wir
8 unzähligen Ehrenamtlichen unsere Sicherheit z.B. bei der Feuerwehr
9 oder in Rettungsorganisationen an.

10

11 Doch dieses Engagement muss auch wertgeschätzt werden. Spärliche
12 Aufwandsentschädigungen werden von den Finanzämtern überkritisch
13 geprüft, die Mindestlohnregelungen bedrohen die oft karge
14 Finanzausstattung vieler Vereine und Organisationen. Viele nehmen
15 dies als Missachtung ihrer Arbeit wahr und wenden sich enttäuscht ab.
16 Wir Freien Demokraten wollen hier eine andere Kultur der
17 Wertschätzung.

18

19 Wer für die Gesellschaft einsteht, gerade auch um Missstände zu
20 beseitigen, um die der Staat sich nicht oder nur schlechter kümmern
21 kann, braucht unsere volle Unterstützung. Abbau von Bürokratie im
22 Abrechnungswesen, stärkere Anreize für auch unangenehme
23 Tätigkeiten sowie ein vereinfachtes Haftungsrecht sind Wünsche, die
24 vielfach aus diesem Bereich geäußert werden.

25

26

27

28

29

30 Wir werden:

- 31 • die rechtlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches
32 Engagement weiterhin verbessern, z.B. bei Haftungsfragen,
33 Bürokratieabbau und weiteren Anreizen,
- 34 • klarere Regelungen für die steuerliche Anerkennung vorantreiben,
35 die eine faire Behandlung der Aktiven bedeuten,
- 36 • ältere Menschen mehr zum Ehrenamt ermutigen,
- 37 • Menschen mit Behinderung zu mehr Engagement ermutigen und sie
38 bei der Wahrnehmung dieses Engagements entsprechend
39 unterstützen,
- 40 • das Ehrenamt bei Feuerwehr, Katastrophenschutz und
41 Rettungsdiensten weiter stärken, z.B. durch die gezielte
42 Unterstützung der Nachwuchsgewinnung, durch neue
43 Anreizsysteme für eine bessere Alterssicherung oder durch
44 verlässliche Investitionen in moderne Technik,
- 45 • Ehrenamt und Hauptamt besser vernetzen und Potenziale der
46 ehrenamtlich Engagierten einbeziehen,
- 47 • die Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen stärken, gerade
48 bei den Ganztageschulen, damit das zeitliche Konkurrenzverhältnis
49 am Nachmittag aufgelöst werden kann,
- 50 • das bürgerschaftliche Engagement auch in der Justiz weiter fördern.
51 Ehrenamtliche tragen - etwa als rechtliche Betreuer,
52 Bewährungshelfer, Schöffen, Zeugenbegleiter oder im Justizvollzug -
53 in erheblichen Maße zur hohen Qualität der Rechtspflege in Baden-
54 Württemberg bei,
- 55 • Modelle der Unterstützung im Alter durch bürgerschaftliches
56 Engagement weiter entwickeln und unterstützen und pflegende
57 Angehörige und ihre Netzwerke begleiten und fördern.

58

1 **4.3 Ein Modell bürgerschaftlichen Engagements**

2 **Der Sport**

3 Sport ist eine wichtige Freizeitbetätigung der Menschen in unserem
4 Land und ein zentraler Ort für ehrenamtliches Engagement. Dazu
5 kommt der Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung.

6
7 Das Ansehen und Stellenwert des Sports in der Gesellschaft sind
8 außerdem ein Grund für erfolgreichen Leistungssport im Land. Sport ist
9 auch ein Wirtschaftsfaktor: der Markt für Sportgeräte, sportnahe
10 Produkte, das Betreiben von Fitnessstudios und Trainingsangebote -
11 gerade auch in Kombination mit Gesundheits- und Wellnesskonzepten
12 – sind für den Tourismusstandort Baden-Württemberg wichtig.

13
14 Sport ist ein äußerst liberaler Baustein der Bürgergesellschaft: er stärkt
15 freiheitliche Eigeninitiative, Innovationsfreude, Risikobereitschaft und
16 Fairness, besonders im Breitensport. Außerdem stärkt gerade der
17 Breitensport das Gemeinwohl auf vielfältige Weise: im Rahmen der
18 Sportselbstverwaltung übernehmen mündige Staatsbürger
19 Verantwortung für sich und andere. Außerdem ist Sport in Erziehung
20 und Bildung enorm wichtig, gerade in der Vermittlung sozialer Werte
21 und bei der Integration. Daher verdient der Sport besondere
22 Wertschätzung von Politik und Gesellschaft.

23

24

25

26

27

28

29 Wir werden:

- 30 • zusätzlich zur verpflichtenden Form der Ganztagschule auch die
31 offene Ganztagschule ins Schulgesetz aufnehmen, damit auch
32 weiter offene Nachmittagsangebote gemacht werden können und
33 echte Wahlfreiheit zwischen einer Beschulung nur am Vormittag
34 oder auch am Nachmittag besteht. Daher bietet die offene
35 Ganztagschule auch den besten Rahmen für Kooperationen mit
36 Vereinen und außerschulischen Partnern,
37 • an Ganztageschulen wie bisher die Möglichkeit erhalten, einen
38 definierten Anteil der zugewiesenen Lehrerwochenstunden in
39 Honorare für die Finanzierung von Kooperationen mit Vereinen und
40 Institutionen im Bereich Musik, Kunst, Jugendarbeit und Sport
41 umzuwandeln,
42 • dem ehrenamtlichen Engagement vieler Menschen im Land, die sich
43 vor allem im Breitensport einsetzen, besondere Wertschätzung
44 entgegenbringen und Unterstützung bieten,
45 • bei der Sportfinanzierung mit der Verlängerung des Solidarpakts
46 Verlässlichkeit und Planungssicherheit gewähren und damit der
47 Bedeutung des Sports in der Gesellschaft Rechnung tragen,
48 • uns dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen sich
49 leichter sportlich betätigen können, sei es im Behindertensport
50 oder durch Einbindung in allgemeine Sportvereine.

51

1 4.4 Vorbeugen ist besser

2 Was das Land zur Kriminalprävention beitragen kann

3 Die Sicherheit der Bürger und damit ihre Lebensqualität ist durch Straf-
4 taten aller Art beeinträchtigt. Das Land Baden-Württemberg darf sich
5 bei der Bekämpfung der Kriminalität nicht auf die Aufklärung und
6 Verfolgung dieser Straftaten beschränken, sondern sollte sich auch
7 präventiv für die Sicherheit der Bürger engagieren. Dabei sind
8 verschiedene Wege zu gehen.

9
10 Im Bereich des Terrorismus und der politisch motivierten Gewalt
11 kommt der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz besondere
12 Bedeutung zu. Wir wollen die Ressourcenausstattung des Landesamtes
13 mit dem Ziel verbessern, seine Analysefähigkeit zu erhöhen und ein
14 umfassendes Bild extremistischer Aktivitäten in Baden-Württemberg zu
15 erheben. Die Politik muss dann die Konsequenzen ziehen und mit
16 geeigneten Maßnahmen verhindern, dass sich extremistische Gruppen
17 vergrößern und neue Anhänger werben können.

18
19 Bei der Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität setzen wir
20 neben einer deutlichen Erhöhung des Verfolgungsdrucks auf eine gute
21 Beratung der Bürgerinnen und Bürger durch die Beratungsstellen der
22 Polizei.

23
24 Ein weiterer Ansatzpunkt zur Verhütung von Straftaten ist die
25 Einwirkung auf junge Menschen, die schon wegen Straftaten
26 aufgefallen und verurteilt sind. Durch eine professionell aufgestellte
27 und neu organisierte Bewährungshilfe wird die Rückfallquote
28 verringert. Jungen Straftätern wird durch Projekte wie das von

29 Justizminister a.D. Goll ins Leben gerufene „Projekt Chance“ die
30 Rückkehr in ein bürgerliches Leben erleichtert. Jeder Jugendliche, der
31 mithilfe dieser Projekte zurück in die Gemeinschaft findet und auf die
32 Begehung von Straftaten verzichtet, ist ein Beitrag zu mehr innerer
33 Sicherheit.

34

35 Wir werden:

- 36 • die Erkenntnisse der Untersuchungsausschüsse des Landtags und
37 des Bundestages umsetzen und die Zusammenarbeit der Sicher-
38 heitsbehörden national und international verbessern. Das gilt
39 besonders bei der Beobachtung extremistischer Gruppen und der
40 konsequenten Verfolgung der aus diesem Milieu kommenden
41 Straftaten,
- 42 • das Landesamt für Verfassungsschutz in seiner Analysefähigkeit
43 stärken,
- 44 • die Beratungsangebote der Polizei für Haus- und Wohnungseigen-
45 tümer und Mieter ausbauen,
- 46 • die durch die Privatisierung gewachsene Qualität der Bewährungs-
47 hilfe verteidigen und weiter ausbauen,
- 48 • die Projekte zur Erziehung und Sozialisierung jugendlicher Straftäter
49 weiterführen,
- 50 • spezielle Beratungsangebote und Präventionsprojekte für Senioren
51 schaffen, damit diese sich vor Straftaten schützen können.

52

1 4.5 Gesundheit und Versorgung

2 (k)ein politischer Pflegefall

3 Die Möglichkeit zur selbstbestimmten Lebensführung und eine gute
4 Gesundheit sind eng miteinander verbunden. Deshalb ist die Politik für
5 eine gute Gesundheitsversorgung für uns nicht einfach nur ein
6 Politikfeld unter vielen, wenn auch die gestalterischen Spielräume der
7 Landespolitik auf Grund der Verteilung der Verantwortung zwischen
8 Bund und Land begrenzt sind. Leitbild unserer Gesundheitspolitik ist
9 der mündige Patient, die freie Arzt- und Krankenhauswahl, die
10 flächendeckende Versorgung mit qualitativ hochwertigen pflegerischen
11 und gesundheitlichen Dienstleistungen und der Präventionsgedanke.
12 Dem entspricht auf der anderen Seite der Einsatz für ein hohes Maß an
13 Eigenverantwortlichkeit der im Gesundheitsbereich tätigen Berufe und
14 ein Abbau unnötiger Bürokratie- und Dokumentationspflichten.

15
16 Der demografische Wandel stellt unser Land dabei vor eine zweifache
17 Herausforderung. Zum einen bedarf es in einer zunehmend älter
18 werdenden Gesellschaft zusätzlicher gesundheitserhaltender,
19 gesundheits-fördernder und pflegerischer Angebote, zugleich aber
20 bedeutet eine zurückgehende Bevölkerungszahl gerade im ländlichen
21 Raum auch eine Herausforderung für die Sicherstellung der benötigten
22 gesundheitlichen Dienstleistungen. Der Gesundheitsbereich eröffnet
23 aber auch zahlreiche Chancen. Gesundheitsdienstleistungen sind eine
24 Zukunftsbranche mit großem Entwicklungs- und Wachstumspotenzial
25 und die Qualität unserer medizinischen Versorgung machen Baden-
26 Württemberg zunehmend zu einem Anziehungspunkt für Patienten aus
27 dem In- und Ausland.

28
29

30 Wir werden:

- 31 • das Ausschöpfen der Spielräume für die Umsetzung der Heimbau-
32 verordnung für Pflegeheime über 2019 hinaus erleichtern, um
33 Schließungen und so einen Mangel an Pflegeplätzen zu verhindern,
- 34 • die ärztliche Versorgung in Pflegeheimen auch durch finanzielle
35 Anreize verbessern,
- 36 • Modelle zur häuslichen 24-Stunden-Versorgung durch Fachkräfte
37 aus dem Ausland in Zusammenarbeit mit mobilen Pflegediensten
38 entwickeln, die Alltagsbegleitung und gesundheitspflegerische
39 Leistungen sinnvoll miteinander verbinden, um diesen Bereich aus
40 der rechtlichen Grauzone zu bringen,
- 41 • am niedergelassenen Arzt in freiberuflicher Tätigkeit als Leitbild der
42 ärztlichen Versorgung festhalten. Daneben unterstützen wir andere
43 Formen der Leistungserbringung, die den Ärztinnen und Ärzten
44 gerade in der Familienphase geregeltere Arbeitszeiten ermöglichen,
- 45 • in Zusammenarbeit mit den Kammern, der kassenärztlichen
46 Vereinigung und den Kommunen Strategien zur Sicherung qualitativ
47 hochwertiger und erreichbarer ärztlicher Versorgung im ländlichen
48 Raum entwickeln und umsetzen und dabei sektorenübergreifende
49 Konzepte zwischen ambulanten und stationären Versorgung
50 berücksichtigen,
- 51 • Suchtprävention und Suchttherapie stärken – dazu gehört auch die
52 Therapie von Spielsucht. Wir werden prüfen, ob das bisherige
53 Diamorphin-Programm ausreicht,
- 54 • physische wie psychische Gesundheitsprävention im Berufsumfeld
55 stärken und die Gesundheitsstrategie des Landes fortschreiben,
- 56 • Hebammen und Familienhebammen als wichtige und tragende
57 Säulen stärken und diese als Ansprechpartner für effektiven
58 Kinderschutz weiterentwickeln.

1 **4.6 Krankenhäuser**

2 Wir wollen eine Neuausrichtung der Krankenhausplanung und
3 Krankenhausinvestitionsförderung. Diese muss als Oberziele
4 Qualitätsorientierung, Wettbewerb, Transparenz, Wahlfreiheit der
5 Patientinnen und Patienten sowie
6 Versorgungssicherheit gewährleisten.

7
8 Gesundheit muss von den Bürgerinnen und Bürgern her gedacht
9 werden. Das bisher weit verbreitete Denken in Strukturen und Sektoren
10 wollen wir gemeinsam mit den Beteiligten überwinden. Bei der
11 Investitionsförderung des Landes müssen die Förderkriterien
12 transparent und nachvollziehbar sein. Das ist Voraussetzung für einen
13 fairen trägerübergreifenden Wettbewerb. Auf Basis des
14 Gesundheitsdialogs Baden-Württemberg findet ein Austausch mit den
15 Fachgesellschaften statt, der um regionale Strukturgespräche ergänzt
16 wird.

17
18 Wir wollen Zielvorgaben und ein wirksames Controlling. Ferner bedarf
19 es sektorenübergreifender Versorgungskonzepte, insbesondere für den
20 ländlichen Raum. Zentral wird die Frage sein, welche Angebote es wo
21 in welcher Qualität bei welcher Förderung mindestens geben soll. Das
22 Land muss seiner Verpflichtungen im dualen
23 Krankenhausfinanzierungskonzept nachkommen, andernfalls ist zu
24 prüfen, ob eine monistische Förderung besser geeignet wäre.
25 Abschließend betrachtet bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes, um
26 die Belange der Notfallversorgung, des Rettungsdienstes, der haus- und
27 fachärztlichen Versorgung und der Universitätsmedizin zu
28 berücksichtigen.

29

30

31 Wir werden:

- 32 • eine neu ausgerichtete Krankenhausplanung und
33 Investitionsförderung mit den Oberzielen Qualitätsorientierung,
34 Wettbewerb, Transparenz, Wahlfreiheit sowie
35 Versorgungssicherheit etablieren,
- 36 • die Landesregierung von einem hochrangigen Expertengremium bei
37 diesem Neuausrichtungsprozess beraten lassen,
- 38 • ein unabhängiges wissenschaftliches Gutachten zur
39 Versorgungssituation und Angebotskonzeption erstellen lassen,
- 40 • regionale Strukturgespräche mit Bürgern als mündigen Patienten
41 für die Planung und Investitionsförderung durchführen,
- 42 • medizinische und pflegerische Fachgesellschaften in die
43 Entwicklung der Maßgaben für die Neuausrichtung einbinden, um
44 eine evidenzbasierte Fachplanung sicherstellen zu können,
- 45 • Duale Krankenhausfinanzierung so fortführen, dass notwendige
46 Krankenhäuser wirtschaftlich erfolgreich arbeiten können und
47 ansonsten mittelfristig prüfen, ob eine monistische Finanzierung
48 geeigneter wäre,
- 49 • wirksame Controlling-Instrumente einführen, um für die notwendige
50 Klarheit bei Planung und Investitionsförderung zu sorgen,
- 51 • für innovative sektorenübergreifende Versorgungskonzepte unter
52 Berücksichtigung der Belange der niedergelassenen und
53 freiberuflichen Ärzte sorgen,
- 54 • eine gute Notfallversorgung sicherstellen und innovative Landkreis-
55 Modellprojekte unterstützen,
- 56 • den bestehenden Förderstau auflösen und der Verpflichtung zur
57 Investitionsförderung nachkommen.

1 4.7 Wir tragen Verantwortung weltweit

2 Baden-Württemberg nimmt Flüchtlinge auf

3 Wir Freie Demokraten bekennen uns zu unserer Verantwortung
4 gegenüber Flüchtlingen, die aus Regionen der Welt zu uns kommen, in
5 denen politische oder religiöse Verfolgung herrscht oder Bürgerkriege
6 ausgebrochen sind. Diese Menschen haben Anspruch auf unsere
7 Solidarität und verdienen, wenn sie, oft nach beschwerlichen
8 Reisewegen, hierher gelangt sind, eine menschenwürdige und
9 respektvolle Aufnahme. Die damit verbundenen Lasten können nicht
10 allein von den Landkreisen und Städten getragen werden – Land und
11 Bund müssen die Kommunen so ausstatten, dass die gewünschten
12 Standards gewährleistet werden können.

13

14 Wir haben uns auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass auch
15 Flüchtlinge, deren Status ungeklärt ist, eine Arbeitserlaubnis bekom-
16 men können. Dadurch wird gewährleistet, dass Flüchtlinge mit
17 ungeklärtem Status nicht monatelang ohne geordneten Tagesablauf in
18 Flüchtlingsunterkünften von staatlicher Unterstützung leben, sondern
19 selbst Verantwortung für sich und ihre Familien übernehmen können.
20 Allerdings legen wir Wert darauf, dass das im Grundgesetz garantierte
21 Asylrecht nicht von Menschen missbraucht wird, die weder Flüchtlinge
22 im Sinne der Genfer Konvention sind noch politisch verfolgt sind. In
23 diesen Fällen müssen die Behörden zügig über die Anträge entscheiden
24 und die Ausreise aus der Bundesrepublik und der Europäischen Union
25 erzwingen. Notwendig ist auch eine ausgewogene Verteilung der
26 Flüchtlinge auf die einzelnen Staaten der Europäischen Union. Nicht
27 jeder, der nach Deutschland will, kann auch bei uns Aufnahme finden –
28 er muss ggf. mit einem anderen europäischen Land Vorlieb nehmen.

29

30 Wir werden:

- 31 • die finanziellen Zuweisungen des Landes an die Stadt- und
32 Landkreise für die Aufnahme und den Unterhalt der zugewiesenen
33 Flüchtlinge bedarfsgerecht erhöhen,
- 34 • bei Kindern und Jugendlichen, die mit ihren Eltern als Flüchtlinge
35 nach Deutschland gekommen sind, auf eine angemessene schuli-
36 sche und berufliche Ausbildung hinwirken und im Falle einer
37 erfolgreichen Ausbildung die Möglichkeit eines Bleiberechts auch
38 nach Wegfall des Fluchtgrundes vorsehen,
- 39 • die Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge im Krankheitsfall neu
40 organisieren, wobei bei Flüchtlingen mit ungeklärtem Status nur
41 eine Akutversorgung in Betracht kommt,
- 42 • die Aufenthaltsbeendigung bei offenkundig unbegründeten Asyl-
43 anträgen zügig und unmittelbar aus den Sammelunterkünften des
44 Landes vollziehen, ohne die Kommunen durch die Zuweisung von
45 Menschen ohne jegliche Bleibeperspektive zu belasten. Der Bund
46 sollte prüfen, ob weitere sichere Herkunftsländer definiert werden
47 können, bei deren Staatsangehörigen Asylanträge unbeachtlich sind
48 und zur sofortigen Aufenthaltsbeendigung führen,
- 49 • die Rahmenbedingungen für die vielen ehrenamtlichen Helfer und
50 Betreuer verbessern, ohne die eine menschenwürdige und
51 respektvolle Willkommenskultur kaum möglich wäre.

52

1 4.8 Selbstbestimmte Gesellschaft

2 In einer Gesellschaft, in der Individualität immer wichtiger wird, sollte
3 nicht die Frage nach dem was uns trennt im Mittelpunkt stehen,
4 sondern die Frage nach dem, was uns verbindet.

5

6 Es ist gut und richtig, dass sich die Menschen ihrer Individualität immer
7 bewusster werden und diese entsprechend leben können. Denn
8 Gruppenzwang und Anpassungsdruck verstellen den Weg zu freier
9 Entfaltung.

10

11 Bestehende Probleme wie Alltagsdiskriminierung der
12 unterschiedlichsten Gruppen sollen dabei natürlich nicht aus den
13 Augen verloren werden. Im Gegenteil. Gegen Diskriminierung hilft
14 nichts so sehr, wie gute Bildung und das Aufzeigen der
15 Gemeinsamkeiten, statt das Trennende zu betonen.

16

17 Alltagsorgen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betreffen
18 alle, die sich, in welcher Form auch immer, zu einer Familie zusammen
19 getan haben und Gemeinschaft leben. Barrieren, etwa an Haltestellen
20 zu Öffentlichen Verkehrsmitteln, betreffen junge Eltern genauso wie
21 einen älteren Menschen, welcher auf Gehhilfen angewiesen ist.
22 Menschen mit Migrationshintergrund und alteingesessene Familien
23 teilen das gemeinsame Interesse einer lebenswerten Heimat in Baden-
24 Württemberg.

25

26

27

28

29

30 Wir werden:

- 31 • uns weiter gegen neue Quoten aussprechen, da sie die
32 Zugehörigkeit zu einer Gruppe festigen und die individuellen
33 Qualitäten der Einzelnen in den Hintergrund treten lassen,
- 34 • uns gegen jedwede Art von Diskriminierung stark machen und das
35 Lehren von Toleranz und Akzeptanz in allen Bereichen fördern,
- 36 • uns um ein Klima bemühen, in welchem die Teilhabe Älterer wieder
37 deutlich geschätzt wird,
- 38 • uns weiter für barrierefreies Bauen im öffentlichen Bereich stark
39 machen,
- 40 • die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung
41 kontinuierlich verbessern. Sie ist ein Menschenrecht,
- 42 • den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kleinkinder weiter fördern,
- 43 • uns für ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche
44 Lebenspartnerschaften einsetzen,
- 45 • die gesetzliche vorgeschriebene Mitwirkung von immer weiteren
46 Gleichstellungsbeauftragten auf ein sachgerechtes Maß
47 zurückführen.

48

1 **Kapitel 5 Eine Regierung, die den Menschen** 2 **vertraut**

3 **5.1 Den Menschen vertrauen**

4 **Statt Dirigismus von oben**

5 Wir Freie Demokraten vertrauen den Menschen, die ihr Leben in
6 Freiheit und Verantwortung für sich und andere gestalten. Wir halten
7 es mit dem französischen Philosophen Montesquieu: "Wenn es nicht
8 notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, dann ist es notwendig, kein
9 Gesetz zu erlassen."

10

11 Gesetze sind nur dann erforderlich, wenn ohne sie die Gefahr
12 bestünde, dass die Interessen von Schwächeren oder überragende
13 Gemeinschaftsgüter auf der Strecke bleiben. Es ist nicht die Aufgabe
14 der Parlamente, den Menschen nach dem Modell einer fürsorglichen
15 Gouvernante zu einem besseren und glücklicheren Leben zu verhelfen.
16 Insbesondere die private Lebensführung – Familie, Ernährung, Kleidung
17 oder die Gestaltung der eigenen vier Wände – verlangt von der Politik
18 ein hohes Maß an Zurückhaltung.

19

20 Die grün-rote Landesregierung hat diese Prinzipien in vielen Fällen
21 verletzt und den Menschen ihre politischen Überzeugungen
22 aufgedrängt. Wir wollen diese Gesetze rückgängig machen und den
23 Bürgern wieder mehr Freiheit verschaffen

24

25

26

27

28

29 Wir werden:

- 30 • die überzogenen Regeln der seit April 2015 geltenden
31 Landesbauordnung zurücknehmen, und den privaten Bauherrn
32 wieder die notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten verschaffen,
- 33 • das bürokratische und europarechtswidrige Tariftreuegesetz des
34 Landes, das die Vergabe öffentlicher Aufträge erschwert,
35 abschaffen,
- 36 • das kostentreibende Bildungszeitgesetz aufheben und die Frage der
37 Weiterbildung der Arbeitnehmer wieder in die Verantwortung der
38 Tarifparteien und der Betriebsräte geben,
- 39 • das bevormundende sowie eigentumsfeindliche grün-rote Jagdrecht
40 wieder durch ein praxisnahes Jagdgesetz ablösen,
- 41 • den umstrittenen Nationalpark Schwarzwald umfassend
42 überprüfen, seine Gebietsabgrenzung neu ordnen und die Personal-
43 und Mittelausstattung auf ein vernünftiges Maß verringern,
- 44 • das bürokratische System der Umweltzonen abschaffen, das die
45 Mobilität der Menschen ohne erkennbaren Nutzen behindert,
- 46 • im Wasserrecht des Landes eigentumsfeindliche Regelungen zu den
47 Gewässerrandstreifen korrigieren,
- 48 • das Fischereirecht mit Blick auf das überholte Nachtangelverbot
49 und das zu hohe Mindestalter für den Jugendfischereischein
50 modernisieren,
- 51 • das Erneuerbare-Wärme-Gesetz novellieren und
52 Sanierungsbremsen wie den überzogenen Pflichtanteil
53 erneuerbarer Energien oder die starren Pflichten für
54 Nichtwohngebäude abschaffen.

55

1 **5.2 Eine Regierung, die rechnen kann**

2 **Für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik**

3 Die Bürgerinnen und Bürger finanzieren den Staat überwiegend mit
4 ihren Steuergeldern. Sie haben einen selbstverständlichen Anspruch
5 darauf, dass mit dem von ihnen erarbeiteten Geld sorgfältig und
6 verantwortlich umgegangen wird. Insbesondere darf der Staat nicht
7 durch vermeidbare Verschuldung Lasten der Gegenwart auf die
8 Steuerzahler von morgen delegieren.

9
10 Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb seit vielen Jahren für ein von
11 der Opposition einklagbares Verschuldungsverbot in der Landes-
12 verfassung ein. Wir wollen die konsumtiven Ausgaben begrenzen und
13 die dadurch gewonnen Spielräume zu gleichen Teilen zum Abbau von
14 Altschulden, zur Entlastung der Steuerzahler und für notwendige
15 Investitionen in die Infrastruktur verwenden.

16
17 Um die Länderfinanzen in Ordnung zu bringen, muss der Bund neue
18 Rahmenbedingungen schaffen. Wir streben an, den horizontalen
19 Länderfinanzausgleich auf höchstens 50 % seines bisherigen Volumens
20 zu reduzieren und den Ländern ein Hebesatzrecht auf die Einkommen-
21 und Körperschaftsteuer zu geben. Die bisherige Regelung verleitet zu
22 ökonomisch falschen Entscheidungen, insbesondere der Nehmerländer,
23 und verzehrt mehr als erforderlich die Ressourcen, die die
24 wirtschaftlich erfolgreichen Bundesländer erarbeiten. Angesichts der
25 weit reichenden Steuerbelastung und der Weigerung des Bundes, die
26 Einkommensteuer zu reformieren, schließen wir die Erhöhung von
27 Landessteuern durch den Landtag aus.

28
29

30 Wir werden:

- 31 • einen auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gegründeten
32 Landeshaushalt vorlegen, der Schuldenabbau, Steuersenkungen
33 und Investitionen in die Infrastruktur möglich macht,
- 34 • das Verbot der Neuverschuldung endlich in der Landesverfassung
35 verankern,
- 36 • durch Umschichtung und Veräußerung von Landesvermögen und
37 Unternehmensbeteiligungen an der LBBW, dem Stuttgarter
38 Flughafen und der ENBW notwendige Mittel für Investitionen in die
39 Infrastruktur beschaffen,
- 40 • über den Bundesrat auf eine Neuregelung der Erbschaftsteuer
41 drängen, die dem Land die Möglichkeit gibt, in eigener
42 Verantwortung maßvolle niedrige Steuersätze für baden-
43 württembergische Erbfälle vorzusehen und damit für eine
44 mittelstandsfreundliche Regelung sorgen, die den
45 Generationenwechsel bei Familienunternehmen nicht gefährdet,
- 46 • die von der rot-grünen Landesregierung auf 5 % erhöhte
47 Grunderwerbsteuer wieder absenken,
- 48 • den Bürgerinnen und Bürgern die Abgabe ihrer Steuererklärungen
49 weiter erleichtern und dabei auch die Einführung einer nur
50 zweijährlichen Erklärungspflicht prüfen,
- 51 • eine Kommission einsetzen, die den sehr aufwendigen kommunalen
52 Finanzausgleich vereinfacht, Transferkosten erspart und den
53 kleineren Gemeinden dennoch zur notwendigen finanziellen
54 Handlungsfähigkeit verhilft,
- 55 • die Jagdsteuer landesweit abschaffen.

56

1 5.3 Neue Spielräume für Städte und Gemeinden

2 Kommunale Selbstverwaltung stärken

3 Eine traditionelle Stärke unseres politischen Systems in Baden-
4 Württemberg sind selbstbewusste, mit politischem und finanziellem
5 Handlungsspielraum ausgestattete Städte und Gemeinden.

6 Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken und das Land im
7 Sinne des Bürokratieabbaus aus Prozessen und Verwaltungsabläufen
8 zurückziehen.

9

10 So wollen wir die Gestaltungsfreiheit der Kommunen als Schulträger
11 verbessern (siehe Kapitel Schulpolitik), wir wollen die zahlreichen
12 staatlichen Förderprogramme ausdünnen und den Kommunen
13 stattdessen mehr Geld zur freien Verfügung überlassen. Wir wollen
14 prüfen, ob die Förderung von Investitionen in kleineren Gemeinden, die
15 nicht über die notwendige eigene Finanzkraft verfügen, auf die
16 Landkreise als Selbstverwaltungsaufgabe übertragen werden kann. Wir
17 wollen staatliche Standards und Vorgaben auf den Prüfstand stellen
18 und wir wollen den Städten und Gemeinden wieder mehr Freiheit in
19 der Bauleitplanung verschaffen.

20

21 Der rechte Ort, um Planungs- und Strukturentscheidungen über die
22 zukünftige Gestaltung einer Stadt oder einer Gemeinde zu treffen, ist
23 der Gemeinderat und nicht die Regionalversammlung, das für
24 Landesplanung zuständige Ministerium oder die Staatliche Aufsicht.

25

26 Bei wirtschaftlicher Betätigung der Städte und Gemeinden ist allerdings
27 der Vorrang mittelständischer Unternehmen zu beachten.

28

29

30 Wir werden:

- 31 • gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden ein Konzept
32 erarbeiten, wie die Möglichkeiten der kommunalen
33 Selbstverwaltung verbessert und ausgebaut werden können,
- 34 • die Zahl der staatlichen Förderprogramme reduzieren und
35 stattdessen die finanzielle Grundausstattung der Städte und
36 Gemeinden verbessern,
- 37 • Standards und bürokratische Vorgaben zurücknehmen und die
38 Kommunen, wo möglich, in eigener Verantwortung über die
39 Qualität ihrer Investitionen und Dienstleistungsangebote
40 entscheiden lassen,
- 41 • die Kommunikation zwischen den Landesbehörden und den
42 Kommunalverwaltungen weiter verbessern und am Prinzip der
43 kommunalfreundlichen Staatsaufsicht festhalten,
- 44 • eine Kommission einsetzen, die das aufwendige System des
45 kommunalen Finanzausgleichs überarbeitet und dabei die
46 finanzielle Leistungsfähigkeit der kleinen Gemeinden und der
47 Gemeinden mit ertragsschwachen Strukturen nicht aus dem Auge
48 verlieren,
- 49 • die unnötigen bürokratischen und finanziellen Belastungen, die sich
50 aus dem neuen Personalvertretungsrecht für die Gemeinden und
51 Landkreise ergeben haben, rückgängig machen,
- 52 • die Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Schulträger bei
53 ihren Entscheidungen über die Schulstruktur ausbauen.

54

1 **5.4 Demokratie lebt vom Mitmachen**

2 **Mitwirkungsrechte der Bürger stärken**

3 Demokratie erschöpft sich nach unserem Verständnis nicht in den
4 periodisch stattfindenden Wahlen der kommunalen Vertretungen und
5 der Parlamente. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger auf
6 lokaler, regionaler und Landesebene die Chance haben, wichtige
7 Sachentscheidungen unmittelbar zu beeinflussen.

8

9 Deshalb sind wir in der Vergangenheit mit Erfolg dafür eingetreten, die
10 Schwellen für Volksabstimmungen auf kommunaler und Landesebene
11 abzusenken und den Themenkatalog, zu dem Volksabstimmungen
12 möglich sind, spürbar zu erweitern. Wir Freie Demokraten wollen
13 diesen Weg weitergehen und weitere Erleichterungen für Instrumente
14 der direkten Demokratie zu schaffen.

15

16 Auch bei Wahlen lassen sich die Gestaltungsmöglichkeiten für die
17 Bürgerinnen und Bürger noch erweitern. Wir treten für ein
18 Zweistimmenwahlrecht bei der Landtagswahl ein. Bei den
19 Kommunalwahlen muss das Recht der unechten Teilortswahl überdacht
20 werden, das die Wahlmöglichkeiten der Bürger einschränkt und für
21 einen hohen Anteil nicht abgegebener oder ungültiger Stimmen sorgt.

22

23 Ein Gewinn für die Demokratie sind dagegen die Ortschaftsräte, die von
24 den Bürgern der Ortschaft direkt gewählt wurden und vor Ort
25 Verantwortung tragen. Wir wollen prüfen, ob sich dieses Modell nicht
26 auch für Stadtteile und Stadtbezirke praktikabel ist und dort die
27 Verantwortung der Bürger für ihren Stadtteil stärkt.

28

29

30 Wir werden:

- 31 • bei der Landtagswahl ein Zweistimmenwahlrecht einführen, das
32 den Wählerinnen und Wählern eine differenziertere Stimmabgabe
33 ermöglicht,
- 34 • das Recht der unechten Teilortswahl bei der Gemeinderatswahl
35 überprüfen,
- 36 • die Direktwahl der Landräte durch die Bürgerinnen und Bürger
37 einführen,
- 38 • an dem neuen Auszählungsmodus nach St.Lague / Schepers im
39 Kommunalwahlrecht festhalten, da es in vielen Gemeinden für eine
40 breitere Beteiligung aller Gruppen gesorgt hat und die Beteiligung
41 größerer und kleinerer Parteien und Wählergruppen innerhalb des
42 Gemeinderats und der Kreistage ausgewogener verteilt,
- 43 • die Übertragung der plebiszitären Elemente des Gemeinderechts
44 auf die Landkreise prüfen.

45

1 5.5 Die Polizei – Partner des Bürgers

2 Die innere Sicherheit – also der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor
3 Gefahren und Bedrohungen und die Verfolgung begangener Straftaten
4 durch die Polizei – ist im freiheitlichen Rechtsstaat eine Kernaufgabe
5 des Staates. Dieser Schutz kann nur funktionieren, wenn die
6 Zivilgesellschaft die Polizei in ihrer Arbeit mitträgt und unterstützt und
7 sich andererseits die Polizei jenen Werten verpflichtet weiß, auf denen
8 unser Gemeinwesen beruht.

9

10 Die Polizei in Baden-Württemberg ist technisch gut ausgestattet. Das
11 muss auch in Zukunft so bleiben. Neue Herausforderungen, neue
12 Formen von Kriminalität und neue Bedrohungen der Sicherheit der
13 Bürger verlangen von der Polizei professionelle und effektive
14 Reaktionen. Die Polizeibeamten dürfen von ihrem Staat erwarten, dass
15 sie gut geschützt in ihren bisweilen lebensgefährlichen Einsatz gehen
16 können, und von der Zivilgesellschaft, dass sie auch persönlich
17 respektiert werden. Ihre Arbeit wird leichter, wenn die Bürger bei
18 Bagatellen auf die Inanspruchnahme der Polizei verzichten oder die
19 Eskalation von Konflikten gar nicht zulassen. Ob die
20 Polizeistrukturen der letzten Jahre zur Leistungsfähigkeit der
21 Polizei beigetragen hat, ist mindestens zweifelhaft.

22

23 Die strikte Bindung der Polizei an das geltende Recht sichert das
24 Vertrauen aller Bürger in die Arbeit der Polizei und sorgt für einen
25 fairen Ausgleich zwischen den Werten Sicherheit und Freiheit. Diese
26 Ausgewogenheit auch in schwierigen Zeiten zu wahren, ist ein
27 klassisches Anliegen der Politik der Freien Demokraten.

28

29

30 Wir werden:

- 31 • die Polizei in der Fläche durch insgesamt 1.000 neue Stellen vor
32 allem in den 146 Polizeirevieren verstärken und die technische
33 Ausstattung der baden-württembergischen Polizei mindestens
34 halten sowie die Polizei von polizeifremden Aufgaben entlasten,
- 35 • die von Grün-Rot beschlossene Polizeistrukturenreform zeitnah
36 evaluieren und die notwendigen Korrekturen vornehmen,
- 37 • die notwendigen Ressourcen zur Bekämpfung der zunehmenden
38 Zahl von Wohnungseinbrüchen bereitstellen und bessere
39 Kooperationen zur internationalen Bekämpfung angehen,
- 40 • Maßnahmen gegen das ausufernde Ausspähen privater Daten und
41 gegen Wirtschaftsspionage ergreifen,
- 42 • in das Polizeigesetz eine Regelung aufnehmen, die Videoaufnahmen
43 in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen präzisen
44 Regeln unterwirft und damit praktikabel macht,
- 45 • daran festhalten, dass polizeirechtliche Alkoholverbote in der Regel
46 kein geeignetes Mittel zur Gefahrenabwehr sind. Die Regelung der
47 Sperrzeiten für Gaststätten obliegt den zuständigen kommunalen
48 Entscheidungsträgern.

49

1 5.6 Worauf Sie sich verlassen können

2 Justiz in Baden-Württemberg

3 Die Qualität des freiheitlichen Rechtsstaats beruht wesentlich auf
4 der Leistungsfähigkeit seiner Gerichte sowie einer starken
5 selbstverwalteten Anwaltschaft. Die Rechte der Bürger sind nur dann
6 gesichert, wenn sie zeitnah und zuverlässig gerichtlich durchgesetzt
7 werden können. Bei der Verfolgung von Straftaten dürfen Ermittlungs-
8 und Fahndungserfolge nicht an einer unzureichenden Ausstattung der
9 Gerichte und Staatsanwaltschaften scheitern.

10

11 Wir werden uns deshalb - wie in der Vergangenheit - für eine gute
12 personelle und technische Ausstattung der baden-württembergischen
13 Justiz einsetzen. Kurze Verfahrenszeiten sollen in Zukunft wieder das
14 Markenzeichen baden-württembergischer Gerichte sein, um den
15 rechtsuchenden Menschen schnell Rechtssicherheit geben zu können.

16

17 Unser besonderes Augenmerk gehört den Opfern von Straftaten.
18 Unsere Gesellschaft ist auf Menschen angewiesen, die Straftaten zur
19 Anzeige bringen und sich als Zeuge zur Verfügung stellen.

20

21 Die mit der Reform der Bewährungshilfe erzielten
22 Qualitätsverbesserungen werden wir ebenso sichern wie die erreichten
23 Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit des Strafvollzugs. Jede
24 ideologisch getriebene Forderung nach einer Verstaatlichung lehnen
25 wir ab.

26

27

28

29

30 Wir werden:

- 31 • uns für die Bedürfnisse der Opfer von Straftaten mit Nachdruck
32 einsetzen. Durch gezielte Unterstützung sollen die Belastungen im
33 Ermittlungs- und Strafverfahren für Opferzeugen gemindert
34 werden,
- 35 • die von uns umgesetzte Reform der Bewährungshilfe, die durch die
36 Übertragung der Aufgabe auf einen privaten Träger und durch die
37 Einbeziehung ehrenamtlicher Bewährungshelfer zu einem
38 spürbaren Mehr an Qualität und Effizienz geführt hat, unter
39 Berücksichtigung der Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts
40 weiter entwickeln,
- 41 • uns für den Erhalt und die Stärkung der Selbstverwaltung der
42 Anwaltschaft einsetzen,
- 43 • Ausstattung und Arbeitsabläufe im Justizvollzug kritisch
44 hinterfragen und notwendige strukturelle Maßnahmen in dem
45 Bestreben umsetzen, die Arbeits- und Haftbedingungen in den
46 Vollzugsanstalten unseres Landes zu verbessern. Dabei werden wir
47 auch Konzentrationen von Anstalten sowie die Delegation nicht
48 hoheitlicher Aufgaben prüfen,
- 49 • die gegenwärtige Personalstärke, die große Bürgernähe und
50 Effizienz der baden-württembergischen Justiz erhalten.

51

1 **5.7 Effizient und tatkräftig**

2 **Die Landesverwaltung und ihre Mitarbeiter**

3 Wir Freien Demokraten wissen, dass eine leistungsfähige,
4 rechtsstaatliche Verwaltung ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität
5 aller Bürgerinnen und Bürger ist. Beispiele aus anderen europäischen
6 und außereuropäischen Staaten zeigen, wie schwer der Alltag für die
7 Menschen wird, wenn die Leistungsfähigkeit und die Verlässlichkeit der
8 Verwaltung hinter den bei uns üblichen Maßstäben zurückbleiben.

9
10 Für die Leistungsfähigkeit der Verwaltung sind das Wissen und die
11 Kompetenz ihrer Mitarbeiter und eine effiziente Organisation der
12 Behörden unabdingbar. Wir Freien Demokraten wollen durch eine
13 kontinuierliche Verwaltungsreform die Effizienz der Verwaltung
14 verbessern und durch eine leistungsgerechte Ausstattung und
15 Bezahlung sowie durch attraktivere Angebote für eine bessere
16 Vereinbarkeit von Beruf und Familie dafür sorgen, dass wir trotz des
17 demografischen Wandels auch in Zukunft qualifizierte Mitarbeiter für
18 die öffentliche Verwaltung gewinnen. Wir werden gute
19 Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Frauen in Zukunft verstärkt
20 in Führungsämtern gelangen. Für die rechtsstaatliche Zuverlässigkeit ist
21 das Berufsbeamtentum mit seiner strikten Bindung an das Recht auch
22 in Zukunft von zentraler Bedeutung. Wir wollen in allen Bereichen
23 hoheitlicher Staatstätigkeit am Berufsbeamtentum festhalten. Dieser
24 Grundsatz schließt einzelne Reformen des Beamtenrechts nicht aus, die
25 die Flexibilität und Zukunftsfähigkeit des bewährten Systems sichern.

26
27
28
29

30 Wir werden:

- 31 • die 2005 begonnene Verwaltungsreform konsequent weiterführen
32 und die Verwaltungsorganisation weiter optimieren
- 33 • die von der grün-roten Landesregierung gegen viele Widerstände
34 umgesetzte Polizeireform kritisch evaluieren und – wo notwendig –
35 korrigieren,
- 36 • die von der grün-roten Landesregierung verfügte Absenkung der
37 Eingangsbesoldung für Nachwuchsbeamte und -richter rückgängig
38 machen und attraktive Einstellungsbedingungen für junge Beamte
39 und Richter anbieten,
- 40 • von uns für Behörden initiierte Erfolgsprojekte, wie den Aufbau
41 behörden- und arbeitsplatznaher Kinderbetreuungsangebote
42 vorantreiben sowie die Entwicklung neuer Formen des mobilen
43 Arbeitens und noch flexiblerer Teilzeitmodelle einführen, die auch
44 die Wahrnehmung von Führungsämtern in Teilzeit realistisch
45 machen,
- 46 • die völlig überzogene Reform des Personalvertretungsrechts, die in
47 allen Behörden des Landes und der Kommunen nachhaltig unnötige
48 Kosten verursacht, rückgängig machen,
- 49 • an den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums
50 festhalten, ohne jedoch notwendige Änderungen im Detail zu
51 vernachlässigen,
- 52 • die technische Ausstattung der Landesbehörden modernisieren und
53 für zeitgemäße und gut ausgestattete Arbeitsplätze sorgen,
- 54 • eGovernment und eJustice zu Erfolgsmodellen entwickeln, von
55 denen unsere Verwaltungen und Gerichte gleichermaßen
56 profitieren werden wie unsere Bürgerinnen und Bürger.

57

1 **Kapitel 6 Der Mensch lebt nicht vom Brot allein**

2 **6.1 Kunst!**

3 **Bildende Kunst in Baden-Württemberg**

4 Das Land Baden-Württemberg fördert im großen Konsens aller Parteien
5 die Schaffung neuer und die Präsentation bestehender Werke der
6 bildenden Kunst.

7
8 Dies geschieht traditionell an den Kunstakademien, der Staatsgalerie in
9 Stuttgart, den Staatlichen Kunsthallen in Karlsruhe und Baden-Baden
10 und seit einigen Jahren auch in der Akademie Schloss Solitude und dem
11 Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe, die weit
12 über Baden-Württemberg hinauswirken. Dazu kommen private,
13 kommunale und kirchliche Kunstmuseen, die ihre Sammlungen
14 präsentieren oder Jahr für Jahr großartige Ausstellungen konzipieren
15 und umsetzen, oft ohne dafür Staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.
16 Unverzichtbare Partner der Künstler und der kunstinteressierten
17 Bürgerinnen und Bürger sind private Galerien und der private
18 Kunsthandel.

19
20 Auf interkulturellem Gebiet leistet das gemeinsam mit der Stadt
21 Stuttgart betriebene Linden-Museum als eines der bedeutendsten
22 Völkerkundemuseen Europa seinen bedeutenden Beitrag.

23
24 Notwendig ist das ungebrochene Engagement des Staates beim Erhalt
25 und dem Ausbau dieser Strukturen. Die Akademien und Museen
26 machen unser Land als Standort attraktiv und leisten – oft über ihren
27 eigentlichen Auftrag hinaus – wertvolle Bildungsarbeit für Menschen
28 aller Generationen. Wir wollen, dass das so bleibt.

29 Wir werden:

- 30 • die staatlichen Kunstmuseen in Stuttgart, Karlsruhe und Baden-
- 31 Baden weiter fördern und ausbauen. Der dringend notwendige
- 32 Umbau der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe muss endlich auf den
- 33 Weg gebracht werden,
- 34 • für das Lindenmuseum, eines der europaweit bedeutenden
- 35 Völkerkundemuseen, einen Neubau auf den Weg bringen,
- 36 • gemeinsam mit der Stadt Karlsruhe die Arbeit des deutlich
- 37 gewachsenen ZKM unterstützen, dort auch Große
- 38 Landesausstellungen ermöglichen,
- 39 • die Akademie Schloss Solitude als Ort der Begegnung junger
- 40 Künstler aus Europa und der ganzen Welt mit dem Angebot der
- 41 künstlerischen Arbeit vor Ort zu erhalten,
- 42 • eine weitere Bewerbung einer baden-württembergischen Stadt um
- 43 den Titel “Kulturhauptstadt Europas” unterstützen,
- 44 • die Arbeit der unabhängigen Kunststiftung Baden-Württemberg in
- 45 bewährter Weise mit Mitteln des Landes unterstützen,
- 46 • die wertvolle Arbeit der Kunstakademien in Karlsruhe und Stuttgart
- 47 nach Kräften unterstützen und in Stuttgart für eine angemessene
- 48 Lösung der Raumprobleme sorgen,
- 49 • die Städte und Gemeinden unterstützen, die in Jugendkunstschulen
- 50 neue kulturelle Bildungsangebote schaffen.

51

1 6.2 Der Ton macht die Musik

2 Musikland Baden-Württemberg

3 Baden-Württemberg ist ein Land, in dem die Musik in vielfältiger Weise
4 das kulturelle Leben prägt und bereichert. Das Spektrum reicht von
5 hochprofessioneller künstlerischer Exzellenz über eine breite Förderung
6 musikalischer Talente in den Schulen und den professionell oder
7 ehrenamtlich geführten Chören und Orchestern bis hin zu einem
8 vielfältigen Angebot populärer Musik aller Sparten. Man beneidet uns
9 zum Beispiel um unsere exzellenten Musikhochschulen, um die beiden
10 Staatsoper, um die vielen Posaunenchoräle der Kirchen, aber auch um
11 jene Bands und Musikgruppen, die seit 2003 von der Popakademie in
12 Lehre und Weiterbildung vorbildlich gefördert wurden.

13
14 Die Aufgabe des Landes ist es, für eine qualifizierte künstlerische
15 Ausbildung junger Musiker zu sorgen und jene künstlerischen
16 Spitzenleistungen zu fördern, die ohne staatliche Subventionen in
17 andere Länder abwandern würden oder in ihrer Existenz gefährdet
18 wären.

19
20 Bemerkenswert ist die vergleichsweise große Zahl von staatlich und
21 kommunal geförderten Chören und Orchestern, die das Land und die
22 Sitzkommunen vor zunehmend schwierige Herausforderungen stellen.
23 Wir schätzen die zahlreichen Musikfestivals und –festspiele, bei denen
24 Kommunen und Land gemeinsam anspruchsvolle musikalische
25 Angebote fördern.

26
27
28
29

30 Wir werden:

- 31 • die fünf Musikhochschulen als eigenständige Hochschulen erhalten
32 und in ihrer Weiterentwicklung unterstützen,
- 33 • durch ein gut dotiertes Landesprogramm “Musikpädagogik” dafür
34 sorgen, dass an allen Musikhochschulen auch in Zukunft eine
35 qualifizierte Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien, für
36 Musiklehrer an den Musikschulen und für Dirigenten angeboten
37 wird,
- 38 • die wirtschaftlichen Bedingungen für die hauptberuflich tätigen
39 Lehrbeauftragten an Musikhochschulen verbessern,
- 40 • die Popakademie Baden-Württemberg, die auf ihrem Gebiet eine
41 exzellente praxisorientierte Arbeit leistet, zu einer Hochschule in
42 der Trägerschaft des Landes weiterentwickeln,
- 43 • die Landesförderung der Philharmonischen Orchester und der
44 Kammerorchester fortsetzen und gemeinsam mit den Sitzstädten
45 ein Konzept entwickeln, wie die Zukunft der Orchester und Chöre
46 an den kommunalen Musiktheatern strukturell und finanziell
47 gesichert werden kann,
- 48 • durch die Einrichtung von Musikgymnasien und von weiteren
49 Musikzügen an Gymnasien dafür sorgen, dass sich begabte junge
50 Musikerinnen und Musiker aus Baden-Württemberg im
51 Wettbewerb um die Studienplätze an Musikhochschulen besser als
52 in der Vergangenheit gegen die internationale Konkurrenz
53 durchsetzen können,
- 54 • die Förderung der teilprofessionellen und der Amateurmusik im
55 Land in bewährter Weise und in enger Partnerschaft mit den
56 Städten und Gemeinden fortsetzen und ausbauen.

1 6.3 Es gilt das gesprochene Wort

2 Sprache, Theater und Literatur

3 Wir Freien Demokraten glauben, dass die Zivilgesellschaft wichtiger ist
4 als der Staat, der ihr dient.

5

6 Kultureller und wirtschaftlicher Fortschritt wird nicht durch den Staat
7 geschaffen, sondern durch einen intensiven, oft leidenschaftlichen,
8 aber immer freiheitlichen gesellschaftlichen Diskurs. An diesem Diskurs
9 sollen alle Menschen teilnehmen können, er hat auch eine
10 integrierende Wirkung und schafft jene Gemeinschaft, auf die wir
11 Liberale vertrauen. Für einen solchen Diskurs braucht es eine
12 gemeinsame Sprache, die der Komplexität der Welt, über die wir
13 sprechen, gewachsen ist.

14

15 Das Beherrschen der deutschen Sprache, der souveräne Umgang mit
16 ihr und die Weiterentwicklung der Sprache (Sprachpflege) sind deshalb
17 nicht Glasperlenspiele des Bildungsbürgertums, sondern essentielle
18 Voraussetzungen für das Funktionieren einer hoch entwickelten
19 freiheitlichen Gesellschaft. Sprache muss frühzeitig erlernt, sicher
20 beherrscht und täglich auf möglichst hohem Niveau erlebt werden.

21

22 Dabei stehen nicht nur die Schulen und Hochschulen, sondern jene
23 Institutionen in der Verantwortung, die Hochsprache für alle Menschen
24 erlebbar machen: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das
25 Fernsehen, Autoren und Verleger mit ihren Büchern und Zeitungen, die
26 Theater als Orte besonderer sprachlicher Kompetenz und die
27 Parlamente, in denen der gesellschaftliche Diskurs besonders intensiv
28 leben sollte.

29

30 Wir werden:

- 31 • die vielfältigen Aktivitäten zur Sprachförderung bei Kindern
32 intensivieren, um bei allen Kindern eine solide sprachliche Basis für
33 ihre Allgemeinbildung zu gewährleisten. Dies gilt – unabhängig vom
34 Aufenthaltstitel – auch und gerade für Kinder, die aus anderen
35 Ländern zu uns kommen,
- 36 • in den Bildungsplänen und der Schulpraxis keine Abstriche an der
37 Qualität des Deutschunterrichts zulassen: Der geübte Umgang mit
38 deutscher Literatur gehört nach unserem Verständnis unverzichtbar
39 zur Allgemeinbildung,
- 40 • die vielfältige baden-württembergische Theaterlandschaft pflegen
41 und erhalten. Jedes Theater leistet einen Beitrag zum
42 gesellschaftlichen Diskurs und zur Pflege der deutschen Sprache,
- 43 • die baden-württembergischen Theater durch die Einrichtung eines
44 theaterwissenschaftlichen Instituts an einer der Landes-
45 universitäten unterstützen,
- 46 • einen „Pakt für die Bühne“ schließen, der den vom Land
47 geförderten Theatern mehr Planungssicherheit gibt,
- 48 • die Literaturförderung fortsetzen und weiterentwickeln,
- 49 • die sozio-kulturellen Zentren als Orte des kontroversen
50 gesellschaftlichen Diskurses gemeinsam mit den Sitzkommunen
51 fördern und die Gründung neuer Zentren.

52

1 6.4 Woher wir kommen, wer wir sind

2 Landesgeschichte stärkt Identität

3 Die innere Stärke unseres Landes beruht nicht nur auf den aktuell
4 vorhandenen Kompetenzen und den Leistungen der Menschen,
5 sondern auch auf dem Wissen um die eigene Herkunft, den gewach-
6 senen Strukturen und den im Laufe der Geschichte gewonnenen
7 gemeinsamen Wertvorstellungen.

8
9 Es ist eine Aufgabe des Landes, dieses Wissen und das Bewusstsein der
10 eigenen Geschichte und Traditionen zu sichern und zu vermitteln. Dazu
11 gehen wir in Baden-Württemberg seit vielen Jahren verschiedene
12 Wege: Wir erschließen die politische und Geistesgeschichte des Landes
13 mit den Methoden der Wissenschaft, greifen über eine gut mit
14 Ressourcen ausgestattete Archäologie auch auf die Vor- und Frühge-
15 schichte zurück und tragen die gewonnenen Erkenntnisse über
16 professionelle Präsentationen in die breite Öffentlichkeit.

17
18 Dabei wird das Land in seinem Vorgehen vom öffentlich-rechtlichen
19 Rundfunk und vielen Verlagen einerseits und einer Vielzahl lokaler und
20 oft ehrenamtlicher Aktivitäten andererseits unterstützt. Wir schätzen
21 dieses Netzwerk der Landes- und Heimatgeschichte und wollen es auch
22 in Zeiten der Globalisierung erhalten, denn es bindet die Menschen an
23 unser Land. Mit dem Badischen Landesmuseum in Karlsruhe, dem
24 kürzlich neu gestalteten Landesmuseum Württemberg und dem Haus
25 der Geschichte in Stuttgart verfügen wir über drei Leuchttürme in der
26 Landschaft der historischen Museen. Dazu kommen viele weitere
27 kommunale und private Museen, die sich der Heimatgeschichte
28 widmen.

29

30 Wir werden:

- 31 • durch die Gründung einer Stiftung „Landesgeschichte“ Forschungs-
32 arbeiten auf dem Gebiet der Landesgeschichte fördern und die
33 Arbeit der Kommission für geschichtliche Landeskunde besser als in
34 der Vergangenheit unterstützen,
- 35 • den auf dem Gebiet der Geschichte und der Archäologie tätigen
36 Landesmuseen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen,
37 um ihre Ausstellungen, soweit noch nicht geschehen, zu
38 modernisieren,
- 39 • an dem bewährten Konzept der Großen Landesausstellungen
40 festhalten und prüfen, ob die Zahl der jährlich geförderten
41 Ausstellungen erhöht werden kann,
- 42 • alle Aktivitäten der Museen unterstützen, um weitere private
43 Sponsoren für die historische und kunsthistorische Museumsarbeit
44 zu gewinnen,
- 45 • die Gedenkstätten im Land, die sich den dunklen Seiten unserer
46 Geschichte widmen, fördern und die dort geleistete Arbeit
47 engagiert unterstützen,
- 48 • ein Inventar der immateriellen Kulturgüter des Landes einrichten
49 und uns im Sinne der UNESCO-Konvention zur Erhaltung des
50 immateriellen Kulturgutes für deren Schutz und Erhaltung sorgen.

51

1 6.5 Der Schiller und der Hegel ...

2 Die Zukunft der Geistes- und Sozialwissenschaften

3 „Der Schiller und der Hegel, der Uhland und der Hauff, das ist bei uns
4 die Regel, das fällt uns gar nicht auf.“ Dieser bekannte Vers des
5 Kunsthistorikers Eduard Paulus dokumentiert den Stellenwert, den wir
6 in Baden-Württemberg den Geisteswissenschaften und der Literatur
7 beimessen. Wir brauchen die Geistes- und Sozialwissenschaften, um
8 die vielfältigen Entwicklungen einer sich wandelnden Welt einzuordnen
9 und zu deuten und um uns Modelle für die Gestaltung der Zukunft zu
10 geben. Eine freiheitliche Gesellschaft, die auf die produktive Kraft des
11 gesellschaftlichen Diskurses vertraut, braucht geistige Steinbrüche, die
12 Rohstoffe, aber auch wohlgeformte Bausteine des Fortschritts liefern.
13 Noch mehr als bei den Natur- und Ingenieurwissenschaften ist die
14 Wissenschaftsfreiheit notwendige Voraussetzung für das Gelingen
15 dieser Arbeit. Und wie bei den Natur- und Ingenieurwissenschaften
16 sind wir auf die besten Köpfe angewiesen.

17

18 In einer zunehmend unübersichtlichen Welt mit einer globalisierten
19 Wirtschaft brauchen Politik und Unternehmen qualifizierte
20 handlungsorientierte Beratung, die Wirtschafts- und
21 Sozialwissenschaften und Sprach- und Kulturwissenschaften leisten
22 können. All diese Fachkompetenz ist an den Universitäten des Landes
23 traditionell sehr gut vertreten. Unsere Aufgabe ist es, die Rahmen-
24 bedingungen so zu gestalten, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Wir
25 Freie Demokraten sind stolz, dass wir in Baden-Württemberg zum
26 Beispiel mit dem Institut für deutsche Sprache in Mannheim oder dem
27 Institut für Wissensmedien in Tübingen weltweit beachtete
28 außeruniversitäre Forschungsinstitute auf diesem Gebiet haben.

29

30 Wir werden:

- 31 • die Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs so
32 verbessern, dass es gelingt, die besten Vertreter der geistes- und
33 sozialwissenschaftlichen Fächer im Land zu halten,
- 34 • gemeinsam mit den Universitäten ein Konzept zur Allokation und
35 Entwicklung der kleinen Fächer an den Universitäten des Landes
36 entwickeln und umsetzen,
- 37 • die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen, mit denen sich
38 die Geistes- und Sozialwissenschaften an der Entwicklung der
39 „digital humanities“ beteiligen können,
- 40 • dafür sorgen, dass Baden-Württemberg auch bei der
41 außeruniversitären Forschung im Bereich der Geistes- und Sozial-
42 wissenschaften ein erstklassiger Forschungsstandort ist und bleibt,
- 43 • die geistes- und sozialwissenschaftlichen Institute an den
44 Universitäten und Hochschulen bei der Einwerbung von
45 Forschungsdrittmitteln unterstützen und in geeigneten Fällen auch
46 im Landeshaushalt Drittmittel für diese Forschungen bereitstellen,
- 47 • dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler über die Möglichkeiten
48 geistes- und sozialwissenschaftlicher Studiengänge frühzeitig
49 informiert werden und mit den besonderen
50 Forschungsschwerpunkten der baden-württembergischen
51 Universitäten und Hochschulen vertraut gemacht werden.

52

1 6.6 Selbstbewusst, respektvoll und tolerant

2 Religion und Kirche in der Gesellschaft

3 In Baden-Württemberg wird das gesellschaftliche Leben vielleicht mehr
4 als anderswo auch vom Engagement der beiden großen Kirchen
5 geprägt. Sie wirken als kraftvolle Partner im gesellschaftlichen und
6 politischen Diskurs mit und erbringen in enger Partnerschaft mit dem
7 Staat und den Kommunen eine Vielzahl qualifizierter sozialer
8 Leistungen. In weiten Teilen des Landes sorgen sie für Kinderbetreuung
9 und engagieren sich über ihre Töchter, die Caritas und die Diakonie, in
10 der Kranken- und Altenpflege.

11

12 Wir Freie Demokraten schätzen Kirchen und Religionsgemeinschaften
13 als zuverlässige Partner und selbstbewusste Vertreter gesellschaftlicher
14 Werte.

15

16 Wir setzen auf einen interreligiösen Diskurs, der von Respekt,
17 gegenseitiger Achtung und Toleranz getragen ist. Religionen wirken
18 gemeinschaftsbildend und stärken Persönlichkeit und
19 Selbstbewusstsein ihrer Anhänger. In einer modernen aufgeklärten
20 Gesellschaft dürfen sie jedoch nicht separierend wirken oder Menschen
21 anderen Glaubens vom gesellschaftlichen oder politischen Leben
22 ausschließen. Für religiösen Fanatismus jeglicher Couleur darf in
23 unserer Gesellschaft kein Platz sein.

24

25 Wir Freie Demokraten stehen für die Werte der Aufklärung, für
26 religiöse Toleranz und für die Überzeugung, dass jeder Mensch nach
27 seiner Façon selig werden möge.

28

29

30 Wir werden:

- 31 • auf der Grundlage der Konkordate und des Staatskirchenvertrags
32 und dem Vertrag mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft
33 konstruktiv und respektvoll mit den Kirchen und
34 Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg zusammen-
35 arbeiten und die Rolle der Kirchen und Religionsgemeinschaften als
36 auch unbequeme und kritische Partner im gesellschaftlichen
37 Diskurs einfordern,
- 38 • an dem vom Grundgesetz vorgesehenen Religionsunterricht
39 festhalten und für diejenigen, die daran nicht teilnehmen wollen,
40 Ethikunterricht bereits ab der Grundschule anbieten. Für
41 Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens streben wir ein
42 möglichst flächendeckendes Angebot an islamischem
43 Religionsunterricht in deutscher Sprache an,
- 44 • die weltweit angesehenen Theologischen Fakultäten in Heidelberg,
45 Freiburg und Tübingen, die Hochschule für Jüdische Studien in
46 Heidelberg und das Zentrum für Islamische Theologie in Tübingen
47 auch weiterhin unterstützen,
- 48 • in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den in
49 Deutschland vertretenen Religionen die Werte und
50 Errungenschaften der Aufklärung selbstbewusst vertreten und
51 verteidigen und dabei den gebotenen Respekt für die Haltungen
52 Andersdenkender zeigen. Wir vertrauen dabei auf die Ergebnisse
53 eines fairen gesellschaftlichen Diskurses. Staatliche Autorität darf
54 nicht zur Durchsetzung eigener religiöser oder weltanschaulicher
55 Vorstellungen missbrauchen.

56

1 **6.7 Zeitung, Radio, Fernsehen & Co.**

2 **Eine freiheitliche Gesellschaft braucht erstklassige Medien**

3 Kaum ein Teil unserer Gesellschaft ist so sehr im Umbruch begriffen wie
4 die Medienlandschaft.

5

6 Während Smartphones, Internet und neue Medien uns mit einem
7 täglich wachsenden Angebot an permanent verfügbarer
8 Kommunikation versehen, kämpfen klassische Medien wie die Tages-
9 und Wochenzeitungen ums Überleben. Bei den Angeboten des privaten
10 und leider auch eines Teils des öffentlich-rechtlichen Rundfunks macht
11 sich eine Boulevardisierung breit, die ihre Funktion als solide
12 journalistische Grundversorgung einer auf öffentlichen Diskurs
13 angewiesenen Gesellschaft in Frage stellt.

14

15 Wir Freien Demokraten wollen die Menschen durch Bildung und
16 verlässliche Regeln in die Lage versetzen, verantwortlich mit der neuen,
17 stets im Wandel befindlichen Medienlandschaft umzugehen und den
18 Gefahren, die sich für die Privatsphäre und die Persönlichkeitsrechte
19 der Menschen ergeben, zu widerstehen.

20

21 Wir wollen, soweit die Politik dazu beitragen kann, das pluralistische
22 System erhalten und weiterentwickeln, in dem Tages- und
23 Wochenzeitungen, privater und öffentlich-rechtlicher Rundfunk und die
24 neuen Medien mit Qualitätsjournalismus um die Menschen
25 konkurrieren und einen lebendigen politischen Diskurs ermöglichen.

26

27

28

29

30 Wir werden:

- 31 • für eine flächendeckende symmetrische Verfügbarkeit von
32 breitbandigen Netzverbindungen (Kabel und Funk) mit mind. 50
33 Mbit/s zeitnah durch eine kluge Wirtschaftspolitik und Mitteln aus
34 der geplanten Zukunftsoffensive sorgen und so einen vernünftigen
35 Zugang aller Baden-Württemberger zum Internet und den neuen
36 Medien schaffen,
- 37 • allen Bestrebungen entgegentreten, die vielfältige und
38 qualitätshaltige freie Zeitungslandschaft in Baden-Württemberg in
39 ihrer Zukunft zu gefährden. Wir sehen keinen Bedarf an weiteren
40 staatlich oder kommunal getragenen Print-Publikationen,
- 41 • auch in Zukunft für ein duales Rundfunksystem in Baden-
42 Württemberg eintreten, in dem öffentlich-rechtlicher und privater
43 Rundfunk in einem fairen Wettbewerb stehen,
- 44 • Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als
45 Grundversorgung und Medium des Qualitätsjournalismus
46 unterstützen. Wir erwarten allerdings auch, dass sich der
47 Südwestrundfunk dem besonderen Anspruch stellt und nicht den
48 bequemen Weg einer weiteren Boulevardisierung geht,
- 49 • den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch in Zukunft durch eine
50 öffentlich-rechtliche Abgabe oder Benutzungsgebühren und nicht
51 allein durch Werbeeinnahmen finanzieren. Im Gegenzug erwarten
52 wir einen sparsamen Umgang mit diesen ohne Wettbewerb
53 zugewiesenen Geldern,
- 54 • in den Bildungsplänen und der Schulpraxis dem Erwerb von
55 Medienkompetenz ein besonderes Gewicht geben.

56